

Die „Volksstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
G. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil
verantwortlich:
Carl Lantau, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von L. Arnoldt,
Magdeburg.
Fernsprech-Anschluss
Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Pränumerando zahlbar
Abonnementpreis:
Bierteljähr. inkl. Bringe
2 Mt. 25 Pf., monatl. 8
In der Expedition u. den
abgestellten 2 Mt., monatl.
Bei den Postanstalten 2,5
erh. Bestellgeld,
Einzelne Nummern 5
Sonntags-Nummer 10
Zeitungsliste Nr. 709
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Be-

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
ferdinand Lassalle.

No. 45

Magdeburg, Freitag, den 22. Februar 1895.

6. Jahrgang

Sonnabend, den 23. Februar

erfolgt die Bekanntgabe derjenigen Lokale, deren Inhaber den Sozialdemokraten die Säle verweigert haben. Saalbesitzer, welche den Sozialdemokraten ihre Säle öffnen wollen, haben sich bis Freitag vormittag 10 Uhr zu erklären.

§ 126.

Berlin, den 20. Februar 1895.

Wer durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft — so der § 126 des Strafgesetzbuches.

Die Regierung will das Wort gemeingefährlich streichen und schlägt folgenden zweiten Absatz vor: „Hat der Thäter in der Absicht gehandelt, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken oder darauf gerichtete Bestrebungen zu fördern, so tritt Zuchthaus bis zu fünf Jahren ein; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.“

Das Centrum will den § 126 wie folgt gefasst wissen: „Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre, und wenn die Androhung mit Hochverrat, Mord, Raub oder einem der Verbrechen der § 312, 313, 315, 322, 323, 324 erfolgt ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“

Der Centrumsabgeordnete Spahn ergänzt auf Anregung des Abg. Buchta (kons.) den Centrumsantrag dahin, daß hinter dem Worte Raub noch — Brandstiftung gesetzt wird.

Die Regierungsvorlage wird von dem Geheimen Rat von Sedendorff begründet mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, daß wir besonders erregten Zeiten entgegengehen. Er glaubt an die Zerstörung von Gaswerken, Bergwerken, Eisenbahn- und Telegraphenanstalten. Redner weist auf eine Reihe von Äußerungen hin, die in anarchistischen Versammlungen in Magdeburg, Dresden und anderswo gefallen sind; sie alle sollen die Notwendigkeit einer verschärften Strafgesetzgebung beweisen. Aus den anarchistischen Schriften werden einige Stellen verlesen und von dem Regierungsvertreter hervorgehoben, daß die Regierung das Mindestmaß gefordert.

Das Centrum erklärte sich bereit, das Wort „gemeingefährlich“ im § 126 zu streichen, müsse aber im übrigen gegen den weiteren Vorschlag der Regierung stimmen. Staatssekretär v. Nieberding bedauert die ablehnende Haltung des Centrums. Redner versucht dann die Centrumsmitglieder mit dem Hinweis, daß es doch gelte, Sitte, Moral und Rechtsordnung zu schützen, zurückzuführen. Eine ernsthaft politische Partei, wie das Centrum doch eine ist, muß der Regierung glauben, wenn diese auf das Bestimmteste versichert, daß sie Bestimmungen, wie den Absatz II in § 126 unbedingt brauche. Der Herr Staatssekretär weist dann wiederholt auf die analogen Bestimmungen der auswärtigen Gesetzgebung hin. Bleibe das Centrum bei seiner ablehnenden Haltung dann sei ja das Schicksal des Paragraphen entschieden, die Partei werde aber dann die Konsequenzen tragen müssen. Der Redner ging dann wieder dazu über, in der schon öfter geübten Weise grau in grau zu malen. Wenn bei Ausbruch eines Krieges plötzlich ein allgemeiner Kohlenstreik proklamiert oder wenn die Gasarbeiter in großen Städten oder die Werftarbeiter zu Zeiten, wo diese Thätigkeit unentbehrlich sei, die Arbeit einstellen und wenn dann bei solchen Anlässen die schlimmen internationalen Einflüsse in die Erscheinung treten würden, dann müssen der Staatsgewalt wirksamere Mittel als sie jetzt habe, zur Abwehr zur Verfügung stehen.

Unterstützung erhielt der Herr Staatssekretär in der Person des nationalliberalen Abg. Enneccerus, welcher erklärte, für die Vorlage der Regierung stimmen zu wollen.

Die Abgeordneten Mundel und Dr. Barth wenden sich gegen die Regierungsvorlage, und auch der Antisemit Zimmermann gab die feierliche Erklärung ab, gegen den § 126 stimmen zu wollen, weil — man achte genau auf — schon heute die Behörden das Richtige treffen können, wenn sie nur die Gesetzgebung gehörig handhaben — er verteidigt dann die sächsische Praxis gegen die Sozialdemokraten. Die „sächsische Praxis“ ist unserer Lesern bekannt — in frischer Erinnerung sind noch die Auflösungen der Gewerkschaften, die Verbote fast sämtlicher Versammlungen, die hohen Bestrafungen der Sozialdemokraten, wie überhaupt die planmäßige Verfolgung der Sozialdemokratie. Und mit diesen Maßnahmen erklärt

sich ein Antisemit einverstanden — wir haben nichts anderes erwartet.

Bebel und Auer wenden sich scharf gegen das Vorgelegene. Bebel sagte: Was der Herr Geheimrat an angeblichen Äußerungen von Rednern oder Blättern verlesen habe, falle bereits entweder unter den § 130 oder unter den Hochverrat. Das „Material“ ist übrigens zu drei Viertel aus dem Auslande hergeholt und es sei doch wunderbar, die deutsche Arbeiterschaft für beliebige ausländische Äußerungen leiden zu lassen. Es müsse traurig um ein Staatswesen stehen, das nur mit solchen Mitteln sich noch aufrecht halten zu können glaubt. Wenn aus Sachsen, und speziell wieder in Dresden über aufgelegte Äußerungen berichtet werden, so brauche das wahrlich nicht zu verwundern. Es schallt eben aus dem Walde zurück, wie man hineinrufe. Wenn, wie es in Sachsen den Arbeitern gegenüber tatsächlich geschieht, die Gesetze in einseitigster Weise angewendet und alles unterdrückt und eingeschränkt wird, was auf eine selbstständige Arbeiterbewegung hinausläuft, dann kann man Äußerungen des Unmutes, wie sie vorgetragen wurden, bedauern, aber sie sind unter den gegebenen Umständen verständlich. Staatsstreikschriften, wie die Broschüre des Herrn Konstantin Köhler, worin der Umsturz aller Volksrechte offen gepredigt wird, werden freilich auch später ungeniert verbreitet werden können, unvorsichtige Äußerungen wenig gebildeter Arbeiter wird man mit Zuchthaus bestrafen.

Kann man freie Äußerungen nicht vertragen — sagte Auer — dann gebe man doch lieber das ganze Vereins- und Versammlungsrecht auf, denn gegen dasselbe richte sich ja doch dieser Paragraph.

Auf Anfrage des Abg. Enneccerus beharrt die Regierung auf ihrem Antrag und hält den Centrumsantrag für ungenügend. Die Konservativen kommen der Regierung zu Hilfe. Sie wollen auch Vergehen gegen das Dynamitgesetz unter den § 126 stellen — wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und wenn die Androhung mit Hochverrat, Mord, Raub, Brandstiftung oder mit einem anderen gemeingefährlichen Verbrechen, oder mit einem der in den §§ 5—8 des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen vorgesehenen Verbrechen erfolgt ist, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei dem Vorhandensein mildernder Umstände mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Stellung unter Polizeiaufsicht ist in letzteren Fällen zulässig.

Lebhafte Auseinandersetzung verursachte eine Äußerung des Staatssekretärs. Er zitierte eine Rede Liebknechts im Jahre 1884, in der er die sozialdemokratische Partei als „revolutionär“ bezeichnet. Was ist Revolution, was bedeutet revolutionär — fragt Bebel. Glauben Sie, daß wir uns mit Ihnen auf der Barricade schlagen, dann täuschen Sie sich. Wir sind eine revolutionäre Partei, ja wohl, hieraus haben wir nie ein Hehl gemacht und machen auch daraus kein Hehl. Eine Partei, die sich auf die Wissenschaft stützt, auf dem Boden der Tatsachen steht, ihre Taktik und ihr Programm den obwaltenden Verhältnissen anpaßt — muß revolutionär sein. Revolutionär ist die Wissenschaft, die Technik, revolutionär wirken alle Maßnahmen, die geeignet sind, im Handel, Verkehr usw. grundstürzende Änderungen vorzunehmen.

Mit dem Schreckgespenst Revolution können Sie uns nicht drohen, rief heute auch Abg. Dr. Barth der Regierung entgegen. Wo liegt in Deutschland eine Drohung seitens der Partei vor, daß sie auf gewaltsamem (im Sinne der Regierung) Wege die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen stürzen will? Wir haben sie nicht, darum kann Redner die Notwendigkeit der Strafverschärfung nicht begreifen.

Staatssekretär v. Nieberding beharrte auf seinem Standpunkte. Liebknecht habe 1884 gesagt: „... Als der Abg. von Kardorf ... erwähnte, daß Bebel vor 12 Jahren hier im Reichstage für die Pariser Kommune eintrat, ließ er den Ausdruck fallen, Bebel sei eingetreten für ‚Gefundel, das die heiligsten nationalen Traditionen der französischen Geschichte zerstört habe‘. Was waren diese heiligsten Traditionen der französischen Geschichte? Das war die Vendömeseule, dieses Symbol der mit Blut und Eisen geschriebenen Geschichte Frankreichs, welches den

Paß gegen Deutschland, die Eroberungspolitik, die Herrschaft, kurz das Blut- und Eifersystem bedeutete. jener Politik der Barbarei wollte das französische Proletariat brechen, und um diesen Bruch zu befestigen diesem hohen Kulturgedanken Ausdruck zu geben, war die Vendömeseule nieder. Die deutschen Vendömeseulen werden auch noch niedergeworfen werden ...“ Und ihm rechts zugerufen wurde: — aber alles Friede habe Liebknecht gesagt: „Je nachdem!“ Was hat sozialdemokratische Redner hiermit sagen wollen? Auch deutschen Vendömeseulen sollen gestürzt werden — ist kein Gewaltakt? fragt der Staatssekretär Nieberding.

Auch Herr v. Salich glaubt, daß die Sozialdemokratie auf gewaltsamem Wege zum Ziele kommen will. Abg. Djan (natlib.) will den Antrag der Konservativen dahin abgeändert wissen, daß die Worte „und an gemeingefährliche Verbrechen“ gestrichen werden, er das Wort „Brandstiftung“ einschalten, an Stelle „Zuchthausstrafe“ bis zu drei Jahren: „Gefängnis erst in ganz schweren Fällen Zuchthausstrafe“ gesetzt wird.

Der konservative Redner (v. Buchta) erklärt sich diesen Änderungen einverstanden. Er sagte: Wir müßten diesen Paragraphen annehmen, wir können nicht so lange warten, bis uns in Berlin die Bomben um Kopf fliegen. Ein vorsichtiger Herr deckt den Brunnen zu, bevor das Kind in den Brunnen gefallen, ergötze Herr Meerbach, der Stellvertreter des Herrn v. Stumm die Ausführungen des konservativen Redners.

Und so zog sich die Debatte immer weiter in Länge, aus der mit mathematischer Gewißheit hervorging, daß der § 126 wie überhaupt das ganze Gesetz sich gegen die Sozialdemokraten und Demokraten und weniger gar nicht gegen die anderen Parteien richtet. Das statierte heute auch der Abgeordnete Benzmann, der den Fall Wagner-Stumm hinwies und hervorhob, der Staatsanwalt gegen Herrn v. Stumm, welcher Wagner zum Duell geordert, bis zur Stunde nicht eingeschritten ist.

— Es wird abgestimmt. Der Antrag der Regierung (Abs. 2) wird mit 12 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Dafür Konservative, Nationalliberale, das Sozialdemokraten, Freisinnige und Centrum. Der Antrag Djan wird gleichfalls abgelehnt, auch der Antrag der Konservativen fällt. Jetzt wird abgestimmt über den Antrag des Centrums. Derselbe wird gleichfalls mit 17 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmen Konservative, Nationalliberale, Freisinnige Sozialdemokraten und zwei Abgeordnete vom Centrum. Somit ist nur noch Absatz 1 der Regierungsvorlage geblieben, der mit 19 gegen 8 Stimmen angenommen wird — das Wort „gemeingefährlich“ ist gestrichen.

Der § 126 des bestehenden Gesetzes ist somit bedeutend behäbiger gestaltet worden. Er lautet (wir wiederholen ihn): Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Was alles unter „Verbrechen“ zu verstehen ist, wird der Staatsanwalt schon entscheiden.

Der Abgeordnete Zimmermann schwänzte heute Sitzung.

Politische und volkswirtschaftl. Heberstadt

Die Unzuverlässigkeit des zur Begründung Umsturzvorlage vorgelegten Materials stellte in einer letzten Sitzung der sogenannten Umsturzkommision Abg. Auer fest. Zur Begründung des mehrfach besprochenen § 112 der Vorlage berufe man sich auf angebliche Äußerungen des Genossen Hoch in Frankfurt a. M., welche dieser in einer Versammlung in Ansbach gethan haben soll. Nun ergebe sich aber aus einem Vergleich gedruckter vorliegenden Auszüge aus der Anklageschrift, welche der Oberstaatsanwalt in Frankfurt geliefert habe, und dem Original-Anklageschrift, daß die Auszüge durchaus nicht loyal gemacht seien. Zunächst werden allgemeine Raisonnements der Anklageschrift im Auszug als Äußerung Hoch's in Gänze weggelassen. Das entscheidet aber sei, daß der Auszug die Gründe, warum die Wiesbadener Strafkammer und das Frankfurter Oberlandesgericht in Frankfurt es abgelehnt haben, die Anklage erheben, verschweigt. Die Regierungsvertreter behaupten, die Gerichte hätten die Verfolgung der zitierten

Äußerungen abgelehnt, weil die bestehenden Strafgesetze nicht ausreichen. In Wirklichkeit ist die Strafverfolgung aber abgelehnt worden, weil, wie es in der betreffenden Entscheidung heißt:

Die inkriminierte Äußerung auch die Auffassung zu ist, daß der Angeklagte die gesetzgeberische Maßnahmen als wünschenswert hat bezeichnen wollen, insofern deren ein unbedingter Gehorsam gegenüber den weltlichen Vorgesetzten nicht mehr statthabe. Für letztere Ansicht spricht einigermassen, daß politische Fragen, insbesondere die gegenwärtig bei dem Reichstage eingebrachte Vorlage den Gegenstand der Erörterung gebildet haben.

Der Abg. Auer konstatiert, daß hier die zweite grobe Unachtsamkeit, mit der das Begründungsmaterial zusammengestellt worden ist, festgestellt ist.

Den Staatskredit empfiehlt der bekannte Militärschriftsteller Generalleutnant z. D. v. Boguslawski in einer Broschüre „Vollkampf, nicht Scheinkampf“, falls in diesem oder in einem aufgelösten Reichstag nichts zu erreichen wäre, um die sozialdemokratische Agitation einfach zu unterdrücken. — Da hätten wir also eine Verherrlichung des Hochverrats in aller Form, und zwar von Seiten eines inaktiven preussischen Generals, im Kampf „für Religion, Sitte und Ordnung.“

Stilblüten aus dem Munde der Landwirte.

Der Bundesdirektor Suchsland führte nach der Deutschen Tageszeitung aus: „Im letzten Jahre entwickelte sich auch mit politischer Notwendigkeit ein Ereignis, welches von allen Landwirten mit Sehnsucht herbeigewünscht war. Das ist der Rücktritt Caprivis. (Echhafter Jubel.) Capriui sagte bei den Handelsverträgen, daß er nicht vom Gerüst gefallen sei. Aber er ist doch gefallen. Die großkapitalistische Kölnische Zeitung sagte in ihrem Neujahrswunsch, Capriuis Sturz sei eine Wirkung der Agitation des Bundes der Landwirte. Meine Herren, wir haben keine Ursache, das zu bestreiten.“ — Freiherr v. Wangenheim bemerkte: „Die Spiritusindustrie ist tot. Und die Zuckerindustrie wird ebenfalls bald zu den Leichen zählen. (Zustimmung) Seht das so weiter, so muß eine allgemeine Entvölkerung des platten Landes eintreten. Und auf dem jetzt bebauten Boden werden dann Kiefern stehen und Fuchs und Hase sich gute Nacht sagen.“ Nach anderen Blättern äußerte Frhr. v. Wangenheim auch: Fürst Bismarck hat über die Rechtsverbindlichkeit der Verträge geäußert: „Keine Großmacht könne auf die Dauer gegen ihre Existenzbedingungen am Wortlaute der Verträge kleben bleiben.“ Friedrich der Große stellte die Frage auf: Was besser sei, daß das Land zu Grunde gehe, oder daß der Fürst einen Vertrag breche, und meinte, nur ein Thor könne das erstere sagen. (Echhafter Beifall.) Auch im gewöhnlichen Leben spricht man von Verträgen, welche gegen die gute Sitte geschlossen werden. Und jedes Gericht annulliert solche Verträge. (Bravo) Herr von Wangenheim leitete folgenden Satz: „Seht es so weiter, so können wir getrost Deutschland in eine russische oder französische Hälfte teilen und im Kriegsfall wird Deutschland ohne einen Kanonenschuß besiegt sein.“ Würde das ein Sozialdemokrat und kein „notleidender Bauer“ gesagt haben, so hätte man Ach und Weh ob des Landesverrats geschrien.

Prof. Adolf Wagner veröffentlicht im Volk eine Erklärung, in der er ankündigt, er werde nächstens über die Duellangelegenheit zwischen Herrn v. Stumm und ihm einen speziellen Artikel in der Zukunft erscheinen lassen. — Demit wäre denn allerdings der Thatsbestand des Vorgehens der Staatsanwaltschaft authentisch dargestellt.

Der Vorstand des deutschen Tabakvereins (Kommerzienrat Vollenbusch) hat zu heute (Donnerstag) im großen Saale des Saabohotel in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Sämtliche Reichstagsabgeordnete haben Einladungen erhalten. —

Rein Rückgrat. Die deutsche Postzeitung hat es abgelehnt, die im Verlage von Hans Baake erschienene Broschüre „Herr von Stephan und seine Leute“ im Blatte anzukündigen. Etwas mehr Rückgrat hätten wir dem hinter jener Zeitung stehenden Verband deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten zugebacht. —

Die Annehmlichkeiten des sächsischen Vereinsgesetzes empfindet nun auch die Leipziger Gesellschaft für ethnische Kultur. Sie ist dem genannten Gesetze unterstellt worden, weil sie sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt. —

Konservative Lehrerfreundlichkeit.

Zur Charakteristik unserer Agrarier liefern die Erfahrungen interessantes Material, die, wie die Volkszeitung von gut unterrichteter Seite erfährt, neuerdings vielfach gemacht werden bei der vom Unterrichtsminister verlangten Aufbesserung von Landlehrerstellen. Wie die Gemeinden — und es soll die Zahl derselben keineswegs klein sein — von der Regierung aufgefordert wurden, die notwendige Aufbesserung einzutreten zu lassen resp. ein bestimmtes Grundgehalt zu bewilligen, so suchten sie dem in einer für unsere Agrarier höchst bezeichnenden Weise zu entsprechen. Sie veranschlagten nämlich flugs das Dienstland des Lehrers, ebenso auch die Vieherfrüchte für denselben höher, so daß auf diese Weise das regierungseitig verlangte höhere Einkommen herausgerechnet wurde. Und das brachten sie fertig zu derselben Zeit, wo das allgemeine Geschrei der Agrarier überall laut wird, daß die Landwirtschaft gegen früher in ihren Erträgen so zurückgegangen sei, daß man nicht mehr bestehen könne! Kreis- und Bezirksarbeitsämter, in denen ja auch zumeist das agrarische Element einen überstarken Einfluß hat, haben ihrerseits derartigen Gemeindebeschlüssen ohne Bedenken zugestimmt, auch da, wo man den Lehrern ihr Dienstland zum vier- bis siebenfachen Reinertrag veranschlagt hatte.

In solchen Fällen steht die Erhöhung also lediglich auf dem Papier und dient höchstens dazu, den Lehrer in eine höhere Steuerstufe zu bringen.

Wir wollen die Wirkung dieser Mitteilungen nicht durch irgend welchen Zusatz abschwächen. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 21. Februar 1895.

— An unsere Abonnenten richten wir die Bitte, falls sie noch im Besitz der Nr. 118 (vom 25. Mai) und Nr. 150 (vom 1. Juli 1894) unserer Zeitung sind, uns dieselben zu schicken, da wir der Nummerierung bedürfen. Der Verlag der Volkstimme.

— Die Magdeburger Theater-Reform, mit der wir uns jüngst beschäftigt haben, bracht den Schluß des gegen die schamlose Ausbeutung der Schauspieler durch die Theateragenten gerichteten Anliefs nach, welcher lautet: „Entsetzliche Zustände! Wie lange sollen sie bestehen; wie lange duldet das Volk — auch das Künstlervolk diese Qual? Sind es sich entschließen zur Sozialdemokratie überzugehen und mit dieser vereint der Kapitalismus zu zerschlagen, der Kunst, Wissenschaft, Literatur in Fesseln geschlagen, die Menschen zu Sklaven, zu Sklaven im allerordentlichsten Sinne gemacht? Wird dies geschehen und wann? — Hierzu bemerkt die Theater-Reform, welche in unmittelbarer Verbindung mit der Theater-Agentur F. Seibel in Magdeburg, Haffelbacherstraße 2, steht: „Wann? Ja, das fragen wir auch; jedenfalls ist es traurig, daß sich die Herren Sozialdemokraten die Zeit nicht lang werden lassen, und ihre Kräfte anderweit anzuwenden, denn die Schauspieler sind denn doch zu „helle“, um sich durch sozialdemokratische Geschwätz von dem „Umpfropfen“ lassen zu lassen.“ Folgt die Brandmarlung eines Mannes, welcher sich auf den Dreieckern, die die Welt beherrschen, manövriert, ja teilweise roh bezogen haben soll. Dilem Mann, den die

Not zu Ausschreitungen getrieben haben mag, werden sozialistische und anarchische Bestrebungen angeblüht und behauptet, daß er in Döbeln in öffentlicher Versammlung gegen die „Tyrannei“ der Theater-Mitglieder hat reden wollen; was nicht geschehen ist. Nachdem die Theater-Reform ihre Brandmarlung geschlossen, schreibt sie: „Die vorstehenden Briefe veröffentlichen wir, gereizt durch den frechen Angriff eines sozialdemokratischen Blattes, dem nichts heilig ist, weder Gott, Religion, weder Vaterland noch die Ehre anständiger Menschen, wenn sie sich nicht bereit erklären, der roten Fahne zu folgen und zur Warnung für Theater-Direktionen.“ — Daß unser Artikel so tief einschlagen würde, konnten wir nicht ahnen. —

— Ein einziger Leser des General-Anzeigers hat sich dem wirklich gefunden, um auch einmal gegen die Umfuzvorlage etwas zu bringen. Im Gespräch hat ein Herr L. K. folgendes veröffentlicht: Zum Umfuzgesetz.

In vielen Städten Deutschlands regt es sich und werden Protest-Versammlungen abgehalten gegen das bevorstehende Umfuzgesetz. Aber hier in Magdeburg nicht. Warum das? Bleibt es denn hier keine freizeitlich denkenden Menschen, sondern nur Ja- und Amen-Sager?

Das Gesetz bedeutet eine Reaktion der alleschlimmsten Sorte und kann nur nach dem Wunsche von Geistlichen, Militärs und Beamten sein, die den Menschen vom A bis Z nach der Schablone formen und durch die Polizei regieren wollen. Gelangt dies Gesetz zur rechtsgültigen Annahme, dann werden auch noch Gesetze kommen, die Zustände herbeiführen, wie wir sie vor 1848 hatten, wo der Junker und das Militär alles gelten; der erwerbsfähige Bürger und Arbeiter gar nichts. Solche Zustände wären auch heute noch ganz nach dem Geisteswunsche gewisser Kreise.

Wird der Gesetzentwurf wirklich angenommen, dann bekommen auch die Wände Ohren und das Denunziantentum gelangt erst recht zur vollsten Blüte. Denn jede freizeitliche Äußerung, selbst beim Glase Bier, wird nach dem Umfuzgesetz beurteilt und bestraft werden. So wird keiner den Mund aufhören dürfen, um ein Wort der Kritik zu äußern. Darum auf! freizeitlich denkende Bürger Magdeburgs, gebt durch eine Protestversammlung kund, daß Ihr es wünscht, von dem Umfuzgesetz verschont zu bleiben. —

Aus seiner Bemerkung, daß hier in Magdeburg noch keine Protest-Versammlung stattgefunden habe, geht hervor, daß sich der Herr L. K. nicht sehr eingehend mit der politischen Bewegung beschäftigt hat. Hätte er das, dann müßte er wissen, daß von seiten der Arbeiterpartei schon über ein Duzend Versammlungen gegen das Gesetz, welches alle friedliche Entwicklung zerstören wird, abgehalten worden sind. Allerdings von seiten der Jesuiten und denkschwachen Leser des General-Anzeigers kann man nicht erwarten, daß sich ein Funken Ehrgefühl in ihnen regt. Nur ein wenig Selbstbewußtsein müßte dem Empfindungslosen: dein höchstes Gut ist deine freie Meinungsäußerung, müßte ihn bewegen haben, gegen die Vorlage aufzutreten. Aber das thut er nicht und kann es auch nicht thun, da der General-Anzeiger dafür sorgt, daß die Leser nicht die Krallen der Fäse, sondern nur das Sammelbüchlein merken. Nur die Sozialdemokratie ist es gewesen, die einzig und allein in Protestversammlungen gegen die Umfuzvorlage, gegen die Vernichtung des deutschen Geistes, der Kultur und Wissenschaft aufgetreten ist. —

— Grobes Ausschreien erregt die Nachricht von dem Zusammenbruch der hiesigen Kolonial-Großhandlung von Löwe u. Hahnelhorst (Inhaber 28. Jahreshorst und Oskar Schmidt), schreibt in Handelskreise die Magdeburgerische Zeitung, und fügt noch Folgendes hinzu: Man erzählte sich, daß der Mitinhaber der Firma Oskar Schmidt unter dem Vorwande einer Geschäftsreise, die er nach Prag machen müsse, verschwunden sei. Bei dem Ansehen, das die Firma und ihre Inhaber hier genossen, fand das Gerücht anfänglich wenig Glauben. Nach dem von uns eingegangenen Erkundigungen bei den am Zusammenbruch beteiligten Firmen bestätigte sich aber die fatale Angelegenheit in vollstem Maße. Schmidt ist in der vergangenen Woche am Dienstag angeblich nach Prag abgereist und hat dann einige Tage nichts von sich hören lassen. Dienstag langte hier ein Brief ein, der seinem Socius die Schreckensbotschaft machte. Einige hiesige Firmen haben ganz bedeutende Verluste zu erleiden, eine von 80 000 Mk., eine von 30 000 Mk., eine von etwa 10 000 Mk. etc., so daß die Gelder der Frauen sollen verschwunden sein. Eine genaue Uebersicht über den Gesamtverlust ist noch nicht festgestellt worden und die Bücher und aufgestellten Bilanzen konnten auf ihre Richtigkeit noch nicht geprüft werden. Herr Jahreshorst hat inzwischen in einem Schreiben an seine Gläubiger Anzeige von der Handlungsweise seines Socius gemacht und ihnen mitgeteilt, daß er seinen Konkurs anmelden müsse. Er laßt seine Gläubiger zu einer Versammlung auf Donnerstag, 21. Februar, vormittags 11 Uhr, nach seinem Geschäftslocal, Heil. Geiststraße 28, ein. D. Schmidt war auch Kollektor der preussischen Landeslotterie. — Daß der nationalliberalen Janie Fader diese Angelegenheit „fatal“ ist, glauben wir gern, da die in Frage kommenden Herren die größten Patrioten Magdeburgs sind. —

— Suppen- und Kohlenverteilung. Seitens der künftigen Armenverwaltung wurden in der Woche vom 11. bis zum 16. Februar

Feuilleton. (Nachdruck verboten.)

Ein Held des Geistes und des Schwertes.

Historischer Roman

aus den Zeiten des deutschen Hanjabundes

von A. Ditt-Balzer.

Erstes Kapitel.

Vor den Thoren.

Seht, da liegt Braunschweig!

Zumitan eines bunten Tappias von Felbern, Weizen und Gehölz, welchen die Däer wie ein jamales Silberband durchzieht, ragt es empor mit seinen dichtgedrängten gotischen Thürmen, ein lockendes Ziel für das Auge des Aufkommenden. Das grüne Feuer, welches da oben hoch in den Lüften brennt und flammt, ist die von den Sonnenstrahlen umflossene Spitze des Turmes auf der St. Andreaskirche. Kein Turm, es sei denn der der Wiener Stephanskirche oder des Straßburger Münsters, ragt so hoch in die Höhe im ganzen heiligen deutsch-römischen Reiche. Und wie viel andere Symbole sind nicht umher gruppiert! Da, das Blauschwarz, dem die Mannkirche mit ihren Doppeltürmen und dicht vor auch mit ihrem hohen Dachwägen die mächtige Eggdenkirche.

Die Straßen, die von allen den Thoren ausgehen, führen bis ans Ende der Welt, nach Hameln und Havelberg, nach Salsfeld und dem alten Frankfurt am dem Main, nach Magdeburg und Leipzig, und nordwärts nach den stolzen Hansestädten Bremen, Hamburg und Albed, von dort übers Meer oder tief nach Jugland hinein bis Nowgorod. Sie bilden die Pulsadern gleichsam des bismarckianischen Handels, und Braunschweig ist sein Herz, ein Hauptstapelplatz, eine Quartierstadt der Hanse.

Aber dieses Herz ist jetzt ungesund, wenn auch nicht mit dem dreifachen Geze des Herzes, so doch mit Wunden, Blüthen und Gräben. Südlich vom Bruch tritt die Däer ihr reichliches Wasser den rechts und links in äußerer und innerer Bucht die Stadt umarmenden Gräben mit, die daselbst waren am Banderthore dem das Jener der Stadt beschützenden Fluß wieder zurückzuführen.

Es ist die Zeit, da die Sonne nach langem Winterjahren die Erde schon wieder so wieder geheizt hat, daß

überall die heißen jungen Gräser lustig und frisch hervorschießen und fast übermütig auf die Primeln schauen, welche allgemach am Ende ihres kurzen Frühlingstraumes angelangt sind. Es ist die Zeit, da man im ganzen Umkreis der Stadt schon den heiligen Landmann emsig beschäftigt zu sehen pflegt, das schwarze ergiebige Erdreich aufzulockern und zu besäen, um die Ernte vorzubereiten, die selten in schmerzlicher Weise die berechtigten Erwartungen täuscht.

Doch heute, es ist ein freundlicher Apriltag des Jahres 1615, steht man der Arbeiter nur wenige beschäftigt, und auch diese nicht nach Maßgabe des Spruches: „Im Schweige Deines Angeichts sollst Du Dem Brot essen“, denn oftmals zögert der Fuß, zögert die Hand, und nicht selten ist es der Arbeitslust des Jugtiers überlassen, ob das Werk vorzubreiten oder nicht.

Fleßiger schon rühren sich die Hände dicht an dem Gürtel der Stadt zwischen dem St. Eggden- und dem St. Magdalenen, wo das Erdreich, freilich nicht zu Zwecken der Landwirtschaft, bewegt wird. Was man hier erstrebt, wird zu leicht erkennen, wirf nur einen Blick auf die Langrechte mit ihren Eisenhäuten am Eggdensthor, wirf nur einen Blick auf die Gruppe bewaffneter Bürger, die mit gespanntester Aufmerksamkeit auf die Scene schauen, welche in einer Entfernung von etwa zweitausend Schritt von dem Eingangsthor entfernt vor sich geht. Gesträuche und Bäume verdecken hier und wieder die Einzelheiten, aber vom Wachturme aus läßt sich alles recht gut übersehen.

Einige Reitertruppen in Stärke von je 4—6 Mann, sowie kleine Abteilungen von Fußknechten mit den Abzeichen herzoglich braunschweigischer Soldner geschmückt, sind über die nächste Umgegend zerstreut und führen anscheinend ganz planlose und unter sich unzusammenhängende Manöver aus: denn während gerade eine kleine Abteilung von Fußknechten mit größter Schnelligkeit vorrückt, bleibt eine nahe Reitertruppe unthätig und erwartungsvoll halten, indem in einiger Entfernung davon Reiter mit verhängten Fägeln vorprengen, während die von ihnen überholten Reiter sich nach einem Graben oder Gesträuch zurückziehen.

Ein strategisch erfahrener Auge wird aber bald erkennen, daß die Ursache aller dieser Bewegungen zwei Punkte sind, die, wie es scheint, alle Veranlassung zu haben

glauben, ihrerseits mit jenen Bewaffneten in keine nähere Berührung zu kommen und sich deshalb, soweit möglich, im Mittelpunkt des um sie gezogenen Halbkreises halten. Nach einer längeren aufmerksamen Beobachtung der Weiden wird man dann zu der weiteren Ueberzeugung gelangen, es müsse das Paar aus Herr und Diener zusammengesetzt sein, da der vordere Reiter augenscheinlich die DIRECTION ausübt. Dieser ist, wie sich ziemlich deutlich erkennen läßt, ein noch junger Mann von vielleicht 30 Jahren. Er erscheint etwas ärmlich gekleidet, die ziemlich magere Gestalt wird eng von einem etwas abgetragenen silbergrauen Wamms umschlossen; über demselben trägt er ein Koller von Glendehaut mit eisernen Ringen eingefast. Die Beine umschließen gelblederne Hosen und lange bräunliche Stiefel mit großen Sporen, und das gebräunte, von langen schwarzen Haaren umrahmte Gesicht beschattet ein verwitterter Hut von sehr zweifelhafter Form und Farbe, geschmückt mit einer roten Feder. Das Auszeichnendste ist jedenfalls das Roß, dessen kräftiger und doch eleganter Bau spanische Abkunft verrät. Es trägt außer seinem Reiter einen ziemlich umfangreichen Manteljack, ohne daß es sich durch beide Lasten in seinem elastischen, anmutigen Gange behindert zeigt.

Der Kleidung allein nach würde man dem Diener schwerlich eine geringere Lebensstellung zuerkennen als seinem Führer; sein braunes Wamms sieht sogar etwas konservativer aus. Der größte Unterschied liegt in den Jahren und in der Gestalt, denn der Diener ist kleiner, gedrungener; das durchschimmernde graue Haar und die eisernen Züge lassen auf einen Fünfziger schließen; er reitet einen Holsteiner und hält sich mit mathematischer Genauigkeit drei Schritte hinter seinem Herrn, ohne bei seinen Bewegungen viel nach rechts oder links zu blicken.

Bei der großen Sicherheit und anscheinenden Sorglosigkeit, mit der sich die beiden Reiter verhalten, möchte man glauben, sie hätten keine Ahnung von der sie bedrohenden Gefahr; aber es scheint nur so; denn, mag eine Bewegung zu ihrer Seite oder hinter ihrem Rücken geschehen, so verändern sie ihre Richtung ein wenig und fast a tempo, wodurch sie nach wenigen Minuten bejährenigter Bewegung den gewünschten Mittelpunkt wieder erreicht haben.

(Fortsetzung folgt.)

an beständige Einwohner unserer Stadt verteilt: in der Altstadt 3470 Alter Suppe an drei Tagen und 1232 Centner böhmische Braunkohlen, in der Südentend 6862 Alter Suppe an sechs Tagen und 570 Centner Braunkohlen, in der Neustadt 7768 Alter Suppe an sechs Tagen und 768 Centner Braunkohlen, in Buckau 2163 Alter Suppe an sechs Tagen und 228 Centner Braunkohlen. Zusammen 20 053 Alter Suppe und 2798 Centner Braunkohlen.

— Von der Elbe. Die Elbstrombauverwaltung teilt mit, daß auf der Unterelbe am 19. Februar die Eisdicke, die sich in vorübergehender Nacht bei -13 ° C. zur Flutzeit bis Franzhausen hinauf gebildet hatte, von den Eisbrechdampfern wieder durchbrochen werden mußte. W. m. mächtig gelangen die Eismassen mehr zum Abzug, und die Strombreite, die nach und nach durch die mehrtägigen Arbeiten der Eisbrechdampfer hier wiederholt aufgestaut wurde, wird so ansehend, daß bei nicht allzu starkem Frost sich die Arbeiten wieder hauptsächlich der Elbe oberhalb Farburg zuwenden können. Am 19. Februar find die Dampfer Stromaufwärts bis Dalkers, Ost bei Silgenberg, km 602, vorgedrungen. In Böhmen hat vom 10. bis 16. Februar durchweg Frost geherrscht, der besonders am 10. und 11., dann aber auch am 13. und 14. Februar bis auf -20 ° C. hinablag. Am 14. und 15. Februar traten beträchtliche Schneefälle besonders in den südlichen Böhmen ein.

— Zur Tätigkeit der Feuerwehre. Am Montag morgen gegen 8 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre um Hilfe gebeten. Auf dem Grundstüd Augustastraße 35 war durch Wasserschaden Wasser in den Keller getreten. Ein Kommando der Feuerwehre beseitigte mittels Strahlapparat weitere Gefahr. — Gegen 11 1/2 Uhr brannte auf dem Grundstüd Seydelstraße 3 ein Schwefelstein. Ein Kommando rückte nach dort und beseitigte durch Abkleben des Schwefelsteins weitere Gefahr. — Desgleichen brannte Schneebedeckung 107 Fuß im Ofenrohr. Die Buckauer Feuerwehre beseitigte weitere Gefahr.

— In der hiesigen kädtischen Krankenanstalt wurde der Fußheiler Peter K. aufgenommen, der von einem Pferde im Falle gegen eine Wand gedrückt worden war, wobei er eine Unterleibsquetschung erlitten hatte.

— Risiko der Arbeit. Der Arbeiter Wilhelm H. fiel in der Nacht vom 17. zum 18. Februar auf der Altengüterfabrik kopfüber in ein Gefäß stehenden Ruder, wobei er sich den Kopf, die Brust und die Arme in schredlicher Weise verbrannte. Er hatte einen in den Botlich fallenden Sack ergreifen wollen und dabei das Liebergewicht verloren. Nachdem er einige Stunden im Krankenhause gelegen, erlag er seinen qualvollen Weiden.

— Unfall. In der Dampfschifferei von Dittmar in der Neustadt verunglückte an der Hobelmaschine der Arbeiter Sch. Hier Finger sind schwer verletzt.

— Städtischer Schlacht- und Viehhof. Kastral am 19. Febr. 1895. 92 Rinder (einkl. 13 Bullen), 167 Kälber, 141 Schafvieh u., 883 Schweine (davon 73 Baitonier).

— Diebstahl. Am 20. Dezember 1894 ist aus der Ordnungstube im Dienstanturgebäude hieselbst eine silberne Schlüsselschlüsselkette in einer Blechpackung mit Hornscheide entwendet worden. Innen sind die Worte „Dito Busse, Zietel“ darunter zwei Blumenzweige eingraviert. Der Erste Amtsanwalt wartet vor Ankauf und erfucht, alle Umstände, welche zur Ermittlung des Diebes oder Wiedererlangung der Uhr dienlich sein können, zu den Akten 45 95 a mitzuteilen.

Halle. (So wird „gespart.“) Das Eisenbahn-Betriebsamt verlangt 27 Aspiranten für den Bahnbewachungs- und Weichenstellenbesitz zum 1. April. Damit aber, wie wir vermuten, der Staat nicht viel von den verschiedenen Millionen Ueberschuß einbüßt, erhalten die Staatsbeamten einen Jahreslohn von 700 Mark, der nach Ablegung verschiedener Prüfungen bis 1500 Mark steigt. Das letztere kann aber lange dauern. Ferner wünscht für den Spungegehalt von 650 Mk. (Reisend bis 900 Mk.) nebst Wohnungsgeld (60—72 Mk. pro Jahr) das Postamt einen Landbriefträger, der noch 200 Mk. Ration sich abhangen muß. Ach ja — Militär- und Marineforderungen sind wichtiger als bessere Beamten-Besoldungen — nach Ansicht des kolonialschwärmereißen Bourgeois. Wir denken entgegengezetzt.

Halle. (Eisenbahnunfall) Infolge eines Versagens der Bremsen fuhr Dienstag Mittag 11 1/2 Uhr der Zug von Halle-Sorau über das Biel im Bahnhof hinaus und stieß auf den zur Abfahrt bereitstehenden Zug Halle-Kassell. Ein Passagier wurde verletzt, und vier Wagen entgleisten.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 21. Februar 1895.

Der Reichstag nahm heute ohne Debatte nach kurzer Begründung des Abg. Pompeckh in dritter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu an. Wie der Bundesrat über diese Abstimmung denkt, werden wir ja bald erfahren — bei der Abstimmung über die Umsturzsresp. Marinevorlage sehen wir uns wieder. Während der Abstimmung waren die Sessel der Bundesratsvertreter und der Minister vollständig leer. Nur der medienburgische Vertreter war anwesend, er konnte sich nicht gut drücken, da als zweiter Punkt der Tagesordnung: die Volksvertretung in den Bundesstaaten zur Debatte stand. Der Vertreter Medlenburgs wendete sich kurz gegen frühere Ausführungen des Abg. Pachnide, wurde aber darauf von dem Abg. Richter in einer Weise abgeführt, wie selten im Hause gehört. Den Großmachtskizzen der Medlenburger Feudalherren kennzeichnete Redner wie folgt: Medlenburg weist die größte Zahl der Auswanderer auf, Medlenburg hat auch die größte Zahl unehelich geborener Kinder. Und daß ich sehr gut gewesen. Denn wenn diese außerehelichen Kinder nicht geboren, wäre Medlenburgs Bevölkerung längst ausgestorben. Herr v. Bucha fehlten die Worte, um das Gebahren des Abg. Richter zu kennzeichnen, welcher in unerhörter Weise die medienburgische Regierung verspottet haben soll. Richters Rede wollen unsere verehrten Leser im Parlaementsbericht nachlesen; sie wurde ergänzt durch den Abg. Pachnide. In Verbindung mit dem vorstehend angedeuteten Antrag erfolgte die zweite Beratung des von den Abg. Ander und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten, und weiter die zweite Beratung des von dem Abg. Auer und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen. Dieser Antrag fordert das Wahlrecht aller 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Staatsbürger; begründet wurde er von dem Genossen Singer. Für denselben stimmten nur die Sozialdemokraten; für den Antrag Ander stimmten Sozialdemokraten und Freisinnige und für den Antrag Pachnide Sozialdemokraten, Freisinnige, Nationalliberale und Antijemiten. Die Rechte einschließlich des Centrums stimmten gegen sämtliche Anträge. Da das Centrum heute sehr stark vertreten ist (aus dem Landtage wurde sogar der letzte Abgeordnete geholt) fielen sämtliche Anträge. Die Volksfreundlichkeit dieser Parteien ist wieder einmal angezogen und ihre Gesinnung über das allgemeine gleiche Wahlrecht gekennzeichnet. Es folgte die Beratung des Antrages der Abg. Fige und Genossen, die gewerblichen Verhältnisse der Arbeiterinnen betreffend. Abg. Fige begründet den Antrag, welcher die Aufnahme einer Exequete verlangt. Die Diskussion wurde nicht zu Ende geführt.

— Morgen erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Tabakfabriksteuer. Seitens unserer Partei spricht Genosse Förster.

42. Sitzung vom 20. Februar.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des von dem Abg. Graf v. Pompeckh und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu.

Abg. Graf v. Pompeckh (Centr.) beschränkt sich auf die Bitte um Annahme des Antrages. Der Antrag wird in allen seinen Teilen mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen die Schwach besetzte Rechte, die Nationalliberalen und einige Freisinnige. Das Ergebnis der Abstimmung wird vom Centrum mit Beifall begrüßt.

Es folgt die zweite Beratung des von dem Abg. Dr. Pachnide eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten in Verbindung mit den Anträgen Ander und Auer.

Medlenburgischer Bevollmächtigter von Döring: Der weitaus größte Teil der Medlenburger ist zufrieden mit den heutigen Zuständen, und ich habe zahlreiche Kundgebungen in dieser Richtung bekommen. Die medienburgische Bevölkerung steht hinter ihrer Regierung und nicht hinter Herrn Richter. Das Reich würde gesetzwidrig verfahren, wenn es hier seine Kompetenz erweiterte.

Abg. Richter (Fr. Sp.): Die Verfassung bleibt dem Reiche die Beständig, seine Kompetenz auszudehnen. Alle Parteien haben auch zugegeben, daß man formelle Einwendungen gegen die Anträge nicht erheben kann. Der medienburgische Vertreter hat hier vor dem Reichstag in einer so spöttischen Weise gesprochen, wie es dem Vertreter eines so kleinen Staates, der in der politischen Entwicklung so weit zurückgeblieben ist, am wenigstens ansteht. (Heiterkeit.)

Ich für meine Person habe niemals in Anspruch genommen, daß die medienburgische Bevölkerung hinter mich stehe. Hier aber handelt es sich darum, ob die Medlenburger eine konstitutionelle Verfassung haben wollen, und darüber bleibt einzig und allein die Wahlfähigkeit ausschlaggebend. Diese ergibt im Sinne der vorliegenden Anträge für die drei hinter diesen stehenden Parteien 67 000 Stimmen und für die Konserverativen 33 000 Stimmen. Die Urheber der Kundgebungen, von denen der medienburgische Vertreter gesprochen hat, hat er nicht genannt. Nun hat aber andererseits in den letzten Tagen in Moskau eine öffentliche Versammlung stattgefunden, die sich einstimmig für eine konstitutionelle Verfassung erklärte. (Jede, bitte links)

Die medienburgische Verfassung ist ebenso entstanden, wie auch die übrigen feudalen Verfassungen, und daß die Medlenburger längst mit der Verfassung unzufrieden hätten, wenn ihnen nicht die Reichsgesolution in die Arme gefallen wäre, und diese Exekution ich wieder nur ermöglicht worden durch Besprechungen in Wien und beim Kammergericht.

Es begreift altemand, daß das Verfassungswort zwischen dem Grobherzog und dem Landtag vereinbart worden ist, aber dieser Landtag ist berufen worden auf Grund eines Wahlrechts, das vorher die alten Stände genehmigt hatten. Die Strelitser Regierung ist noch einen Grad reaktionärer als die Schwärmer. Herr Rand, der Vertreter von Medlenburg-Strelitz, hätte sich nicht zu berufen brauchen auf den unerschlütterlichen Zusammenhang zwischen Volk und Fürst in seinem Lande, denn wenn 1849 die Kaiserwähler Streifere nicht der Strelitser Regierung zu Hilfe gekommen wären, dann wäre es mit der Strelitser Regierung zu Ende gewesen. Dem Ragerburger Landtag kann man es gar nicht verargen, daß er nicht zustimmt, weil sich das Volk für zu gut hält, bloß als Steuerbewilligungsmacht zu figurieren, ohne in der Verfassung ein Mitbestimmungsrecht zu haben.

Der Vertreter von Strelitz hat darauf hingewiesen, wie glücklich die Verhältnisse dort vor 30 Jahren waren, wie ungetrübt man da lebte. Damals aber war die Auswanderung nirgends so groß als dort, und kein Land hatte so viel uneheliche Kinder. Wenn nicht so viele uneheliche Kinder gewesen wären, dann wäre Strelitz schon längst ausgestorben. (Entwüstete andauernde Heiterkeit.) Erst das Reich mit seiner Verfassung für Verheirathungsfreiheit, Freizügigkeit und Gewerbetfreiheit hat bessere Zustände geschaffen. Die Geschichte ist doch bisher vor Strelitz nicht für vorbeigezogen. Die Strelitser Regierung hat sich nicht gern in den norddeutschen Bund aufzunehmen lassen. Das Strelitser Kontingent war angeblich damals nicht kriegtüchtig, weil die Wagenschirme fehlten. (Heiterkeit.)

Man sagt uns, unsere langen Reden würden nichts nützen. Es hat schon einmal eine kurze Rede von mir an den medienburgischen Verhandlungen etwas geändert. Bis 1872 hatte Medlenburg dieselbe Selbstständigkeit in Militärverhältnissen wie heute Sachsen und Württemberg. Strelitz hatte sein geheimes Kriegsministerium und im Etat dabei waren z. B. für Bau und Unterhaltung der Festungen fünf Theater ausgeworfen. (Große Heiterkeit.) Meine kurze Rede über diese Verhältnisse, die damit dem Fluche der Lächerlichkeit preisgegeben wurden, hatte den Erfolg, daß schon im Dezember desselben Jahres eine andere Militärkonvention mit Preußen abgeschlossen wurde. Herr Rand hat sich auch als Vertrauensmann des Fürsten hingestellt. Er ist großherzoglicher Domänenpächter. Daraus kann man aber doch nicht entnehmen, daß er auch das Vertrauensverhältnis für die Verfassung gepachtet hat, um die besondere Strelitser Schwere hier zum Ausdruck zu bringen. (Große Heiterkeit.) Das wäre doch eine zu feudale Auffassung eines Fachverhältnisses, selbst wenn es sich um eine großherzogliche Domäne handelt. (Heiterkeit.)

Man hat uns gesagt, wir sollten lieber uns um die Finanzen kümmern und dafür sorgen, daß Medlenburg weniger zu zahlen hat. Helfen Sie uns am Etat streichen, da habe ich aber bisher eine medienburgische Tätigkeit am wenigsten bemerkt. Was nützt das aber, wenn das Land selbst keine Volksvertretung hat, die über die Verwendung der Geldleistungen beschließen könnte? Aus dem Wohlthätigen Hospitaller kann man die Finanzen aller Länder, auch der halbcivilisierten übersehen lassen. Als ich aber Strelitz aussuchte, las ich: Finanzen: Zuverlässige Angaben sind nicht bekannt. (Stärkliche Heiterkeit.)

Herr v. Frege wies auf die „schaffensfreundige“ Periode des Reichstags hin im Gegensatz zu der Periode der Sterilität, die ich beschuldet hätte. Herr v. Frege sitzt erst seit 1878 hier, also seine Tätigkeit fällt zusammen mit dem Erlaß des unglücklichen Sozialengesetzes, mit der Erhöhung der Militär-, Zoll- und Steuerlasten um 4—500 Millionen; das war seine Schaffensperiode. Schaffensfreundlich war ich auch, aber vor 1878, wenn man in der Verfassung wirtschaftliche Einheiten und Freiheit zur Geltung kommen ließ. Wenn ich davon gesprochen habe, daß Fürst Bismard Interessensvertretungen geschaffen habe, so geschah es darum, weil der medienburgische Regierungsvertreter dem Parlamentarismus vorwarf, er bringe Interessensnegation hervor. Fürst Bismard hat aber diese Negation gestiftet und gepflegt. Herr v. Frege hat den Romancien den Dank dafür ausgesprochen, daß er in einer bestimmten Weise, die er gerechtfertigt, ein Ehrenamt für den Fürsten Bismard in Aussicht genommen hat. Dana muß es auch mir gefaltet sein, dem Romancien ein Dank auszusprechen dafür, daß er im Jahre 1890 endlich der Rangieraubtratie des Fürsten Bismard ein Ende gemacht hat. Leider werden wir an den Folgen dieser Wirtschaft noch lange genug im Reichstag und im Deutschen Reich zu leiden haben. (Beifalliger Beifall links.)

Abg. v. Bucha (L.) protestiert gegen Richters Kritik und erörtert die Kompetenzfrage. Er erklärt die Finanzen Medlenburgs für ebenso gut und durchsichtig wie in irgend einem Nachbarstaate. Er gesteht die Kompetenz des Reiches zwar zu, meint aber, es liege keine Notwendigkeit zu einem Vorgehen gegen Medlenburg vor. Das ganze Medlenburg steht hinter ihm.

Pachnide (F. Bagg.) betont nochmals, die Kompetenz des Reiches sei gar nicht zu bestreiten und verweist auf viele ihm ausgegangene Zustimmungsschriften.

Graf Bernstorff (Welfe) befreitet die Kompetenz des Reiches. Abg. Singer: Nicht wegen des Parlamentarismus, sondern trotz des Parlamentarismus werden Sonderinteressen vertreten. That das nicht auch die Rechte, in deren Anträgen die Interessen eines ganz kleinen Kreises zur Geltung kommen? (Widerprotest rechts) Das kann man doch aber nicht bestreiten, daß die breite Masse des Volkes nur im Parlament eine Vertretung finden kann. Aber freilich ist dazu das gefundene, gleiche und direkte Wahlrecht notwendig, denn bei dem jetzigen Wahlrecht der Einzelstaaten kann man von einer Volksvertretung nicht sprechen. Es ist ein großer Mangel des Antrages Pachnide, daß er die Grundfrage nicht erörtern, nach denen gewählt werden soll. Falls dieser Antrag abgelehnt wird, wird meine Partei für den Antrag

ander, und wenn auch dieser abgelehnt werden sollte, für den Antrag Pachnide stimmen. Sie verlangen die Ausdehnung des Wahlrechts auf diejenigen, die das 20 Lebensjahr überschritten haben. Wenn unsere jungen Leute zum Kanonenfutter gut genug sind, so ist auch kein Grund vorhanden, sie nicht an der Gesetzgebung teilnehmen zu lassen, welche über ihr Schicksal bestimmt. Einen trefflichen Grund für Befassung des Stimmrechts an die Frau hat noch niemand angegeben. Die Erfahrung hat gelehrt, daß überall da, wo Frauen das Wahlrecht hatten, die gesamte Haltung des Parlaments eine sehr gute war.

Abg. Singer (L.): Im Namen meiner politischen Freunde kann ich erklären: Unser Elsaß-Lothringischer Landesausschuß ist durchaus nicht so machtlos, wie es hier oft dargestellt wird. Mit dem Wahlmodus des Landesausschusses sind wir nicht einverstanden, aber eine Veränderung kann nicht herbeigeführt werden durch die Beschlußfassung eines anderen Parlaments. Wir müssen gegen jede Bevormundung in unseren inneren Angelegenheiten protestieren und lehnen deshalb die Anträge ab.

Medienburgischer Bevollmächtigter v. Döring: Ich habe allerdings erklärt, daß ich ein Vertrauensmann der Medlenburger Regierung bin, und ich halte mich sowohl für berechtigt, als auch für verpflichtet, Bewachung einzulegen gegen die empfindlichen, jedem Anstandsgefühl höhnsprechenden Äußerungen des Abg. Richter (große Unruhe links. Lebhafteste Rufe: Zur Ordnung!) — Die weiteren Ausführungen des Redners sind wegen der im Hause herrschenden Unruhe nicht zu verstehen.

Präsident v. Levetzow: Ich habe mein lebhaftest Behauern darüber auszusprechen, daß vom Bundesrätliche Meinungen gefallen sind, die mit der Ordnung des Hauses nicht in Einklang zu bringen sind. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Lieber (Centr.) erklärt, das Centrum stimme gegen den Antrag Pachnide, sowie gegen die Anträge Ander und Auer.

Hierauf wird der Antrag Auer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Antrag Ander gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der sächsischen Volkspartei, der Freisinnigen Volkspartei und eines Teils der Freisinnigen Vereinigung, der Antrag Pachnide gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, beider freisinniger Parteien, der sächsischen Volkspartei, der Antijemiten und das Gros der Nationalliberalen abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Antrages Fige (Lir) und Genossen, die Regelungen zu erlangen, Erhebungen darüber zu veranstalten: 1) wie die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen (§ 137 der Reichs-Gewerbeordnung) in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung gewirkt hat; 2) welche Erfahrungen speziell bezüglich des Verhältnisses von Arbeitszeit und Arbeitsleistung gemacht sind; 3) inwieweit die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf die der Arbeiter zurückgewirkt hat; 4) inwieweit nach den gemachten Erfahrungen eine generelle oder spezielle Beschränkung der Arbeitszeit auch für die Arbeiter notwendig erscheint und welche Beschränkung; 5) wie die Beschäftigung verheirateter Arbeiterinnen auf Gesundheit und Familienleben einwirkt; inwieweit die Vorschritt der Gewährung einer 1 1/2 stündigen Mittagspause für Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu bejahren haben (§ 137 Abs. 4 der Gewerbe-Ordnung) ihnen thatsächlich zu gute kommt; welche weitere gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Beschäftigung verheirateter Frauen möglich und notwendig erscheinen.

Abg. Fige bepricht die einzelnen Punkte seines Antrages und stellt es als besonders wünschenswert hin, daß die Arbeitszeit für verheiratete Frauen auf 5—6 Stunden beschränkt werde. Bezüglich der Ausführung der Exequete müßten außer den Arbeitgebern noch die Krankenkassen und Fabrik-Inspizeoren vernommen werden.

Staatssekretär v. Boetticher erklärt, er wolle sich gleich über die Angelegenheit ansprechen, da er der folgenden Debatte nicht bethewonen könne. Der Regierung sei der Antrag insofern durchaus sympathisch, als er darauf hinwirke, den Arbeitern ein geordnetes Familienleben zu verschaffen.

Es sprachen noch die Abgg. Schall und Möller, worauf Beratung eintritt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Tabaksteuervorlage.

Im Abgeordnetenhause wurde heute weiter über die Stempelpsteuervorlage debattiert. Die Opposition gegen die Vorlage hat keine Abschwächung erfahren. Bloß der stets getreue Knappe der Regierung, Herr Gamp, konnte sich auch für den neuesten Steuerplan des Herrn Miquel erwärmen. Die Vorlage wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Morgen wird die Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Die Umsturzkommision tagt am Freitag vormittag 10 Uhr. Zur Beratung steht der § 129 (Komploitparagraph). Wir berichten über die Verhandlungen. Die Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnen-schiffahrt und Flößerei hat die erste Lesung der Vorlagen beendet. Einen zusammenfassenden Artikel werden wir demnächst den Schiffern unterbreiten.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß in ihrer heutigen Sitzung gelegentlich der zweiten resp. dritten Lesung des Militäretats die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, betreffend die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und Einführung des Militärsystems an Stelle der stehenden Heere.

Partei-Nachrichten.

Die Aenderung der Invaliditäts- und Altersversicherung betreffend hat die sozialdemokratische Fraktion zum Etat für das Reichsamt des Innern folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session den Entwurf eines Gesetzes zugehen zu lassen, wodurch

- a) der § 157 des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung dahin abgeändert wird, daß jeder Versicherte, welcher das 70. Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrenten erhält und
b) die §§ 9 Absatz 3 und 156 des genannten Gesetzes dahin abgeändert werden, daß diejenigen Versicherten, welche infolge ihres geistigen oder körperlichen Zustandes nicht mehr imstande sind, sich in ihrem Beruf die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahres-Arbeitsverdienstes zu erwerben, Invalidenrente erhalten.“

Dieser von sozialdemokratischer Seite gemachte Verbesserungsvorschlag, der durchführbar ist, ohne die Kosten zu erhöhen, erregt den Grimm der Offiziere, und sie suchen die Absicht des Antrages als „agitatorische“ zu verächtigen, weil die Sozialdemokraten im Reichstage gegen das Gesetz gestimmt haben. Daß dies nicht aus Gegnerschaft gegen das Prinzip des Gesetzes geschähe, sondern weil die Einzelbestimmungen nicht den berechtigten Anforderungen genügte, wissen die Offiziere natürlich recht gut. Aber es wird unversoren gelogen zur höheren Ehre der „Ordnungsmänner“.

Neuerungen abgelehnt, weil die bestehenden Strafgesetze nicht ausreichen. In Wirklichkeit ist die Strafverfolgung aber abgelehnt worden, weil, wie es in der betreffenden Entscheidung heißt:

Die inkriminierte Neuerung auch die Auffassung zu ist, daß der Angeklagte die gesetzgeberische Maßnahmen als unzulänglich hat bezeichnen wollen, infolge deren ein unbedingter Gehorsam gegenüber den militärischen Vorgebefehlen nicht mehr statthaft. Für letztere Aufsicht spricht einmütig, daß politische Fragen, insbesondere die gegenwärtig bei dem Reichstage eingebrachte Vorlage den Gegenstand der Erörterung gebildet haben.

Der Abg. Auer konstatiert, daß hier die zweite grobe Veräpflung, mit der das Begründungsmaterial zusammengestellt worden ist, festgestellt ist. —

Den Staatsrechtler empfiehlt der bekannte Militärschriftsteller Generalleutnant z. D. v. Boguslawski in einer Broschüre „Vollkampf, nicht Scheinkampf“, falls in diesem oder in einem aufgelösten Reichstag nichts zu erreichen wäre, um die sozialdemokratische Agitation einfach zu unterdrücken. — Da hätten wir also eine Verherrlichung des Hochverrats in aller Form, und zwar von Seiten eines inaktiven preussischen Generals, im Kampf „für Religion, Sitte und Ordnung.“ —

Stilblüten aus dem Munde der Landwirte.

Der Bundesdirektor Euchsland führte nach der Deutschen Tageszeitung aus: „Im letzten Jahre entwickelte sich auch mit politischer Notwendigkeit ein Ereignis, welches von allen Landwirten mit Sehnsucht herbeigewünscht war. Das ist der Rücktritt Caprivis. (Gebhafter Jubel.) Caprioi sagte bei den Handelsverträgen, daß er nicht vom Gerücht gefallen sei. Aber er ist doch gefallen. Die großkapitalistische Kölnische Zeitung sagte in ihrem Neujahrswunsch, Caprioi Sturz sei eine Wirkung der Agitation des Bundes der Landwirte. Meine Herren, wir haben keine Ursache, das zu bestritten.“ — Freiherr v. Wangenheim bemerkte: „Die Spiritusindustrie ist tot. Und die Zuckerindustrie wird ebenfalls bald zu den Leichen zählen. (Suspensiv) Die für den Winter 1894/95 ist eine allgemeine Entvölkerung des platten Landes eintraten. Und auf dem jetzt bebauten Boden werden dann Kiefern stehen und Fuchs und Hase sich gute Nacht sagen.“ Nach anderen Blättern äußerte Frhr. v. Wangenheim auch: Fürst Bismarck hat über die Rechtsverbindlichkeit der Verträge geäußert: „Keine Großmacht könne auf die Dauer gegen ihre Existenzbedingungen am Wortlaute der Verträge kleben bleiben.“ Friedrich der Große stellte die Frage auf: Was besser sei, daß das Land zu Grunde gehe, oder daß der Fürst einen Vertrag breche, und meinte, nur ein Thor könne das erstere sagen. (Gebhafter Beifall.) Auch im gewöhnlichen Leben spricht man von Verträgen, welche gegen die gute Sitte geschlossen werden. Und jedes Gericht annulliert solche Verträge. (Bravo) Herr von Wangenheim leitete folgenden Satz: „Seht es so weiter, so können wir getroßt Deutschland in eine russische oder französische Hälfte teilen und im Kriegsfall wird Deutschland ohne einen Kanonenschuß besiegt sein.“ Würde das ein Sozialdemokrat und kein „notleidender Bauer“ gesagt haben, so hätte man Ach und Weh ob des Landesverrats geschrien. —

Prof. Adolf Wagner veröffentlicht im Volk eine Erklärung, in der er ankündigt, er werde nächstens über die Duellangelegenheit zwischen Herrn v. Stumm und ihm einen speziellen Artikel in der Zukunft erscheinen lassen. — Demmit wäre dann allerdings der Thatbestand des Vorgehens der Staatsanwaltschaft authentisch dargestellt. —

Der Vorstand des deutschen Tabakvereins (Kommerzienrat Vollenbusch) hat zu heute (Donnerstag) im großen Saale des Savoyhotel in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Sämtliche Reichstagsabgeordnete haben Einladungen erhalten. —

Rein Rückgrat. Die deutsche Postzeitung hat es abgelehnt, die im Verlage von Hans Baake erschienene Broschüre „Herr von Stephan und seine Leute“ im Blatte anzukündigen. Etwas mehr Rückgrat hätten wir dem hinter jener Zeitung stehenden Verband deutscher Post- und Telegraphen-Affizienten zugebacht. —

Die Annehmlichkeiten des sächsischen Vereinsgesetzes empfindet nun auch die Leipziger Gesellschaft für ethnische Kultur. Sie ist dem genannten Gesetze unterstellt worden, weil sie sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt. —

Konservative Lehrerfreundlichkeit.

Zur Charakteristik unserer Agrarier liefern die Erfahrungen interessantest Material, die, wie die Volkszeitung von gut unterrichteter Seite erfährt, neuerdings vielfach gemacht werden bei dem Unterrichtsminister verlangten Aufbesserung von Landlehrerstellen. Wie die Gemeinden — und es soll die Zahl derselben keineswegs klein sein — von der Regierung aufgefordert wurden, die notwendige Aufbesserung einzutreten zu lassen resp. ein bestimmtes Grundgehalt zu bewilligen, so suchten sie dem in einer für unsere Agrarier höchst bezeichnenden Weise zu entsprechen. Sie veranschlagten nämlich fings das Dienstland des Lehrers, ebenso auch die Vieherfrüchte für denselben höher, so daß auf diese Weise das regierungseitig verlangte höhere Einkommen herausgerechnet wurde. Und das brachten sie fertig zu derselben Zeit, wo das allgemeine Geschrei der Agrarier überall laut wird, daß die Landwirtschaft gegen früher in ihren Erträgen so zurückgegangen sei, daß man nicht mehr bestehen könne! Kreis- und Bezirksausschüsse, in denen ja auch zumeist das agrarische Element eiren überstarken Einfluß hat, haben ihrerseits derartigen Gemeindebeschlüssen ihre Dienstland zum vier- bis siebenfachen Mehrertrag veranschlagt hatte.

In solchen Fällen steht die Erhöhung also lediglich auf dem Papier und dient höchstens dazu, den Lehrer in eine höhere Steuerstufe zu bringen.

Wir wollen die Wirkung dieser Mitteilungen nicht durch irgend welchen Zusatz abschwächen. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 21. Februar 1895.

An unsere Abonnenten richten wir die Bitte, falls sie noch im Besitz der Nr. 118 (vom 25. Mai) und Nr. 150 (vom 1. Juli 1894) unserer Zeitung sind, uns dieselben anzulassen zu wollen, da wir der Nummerierung dringend bedürfen. Der Verlag der Volkstimme.

Die Magdeburger Theaterreform, mit der wir uns längst beschäftigt haben, drückt den Schlag des gegen die schamlose Ausbeutung der Schauspieler durch die Theaterregenten gerichteten Aufrufs nach, welcher lautet: „Entsetzliche Zustände! Wie lange sollen sie dauern; wie lange duldet das Volk — auch das Künstlervolk diese Qual? Wird es sich entschließen zur Sozialdemokratie überzugehen und mit dieser vereint den Kapitalismus jürgen, der Kunst, Wissenschaft, Literatur in Fesseln geschlagen, die Märtyrer zu Sklaven, zu Sklaven im allerbesten Sinne gemacht? Wird dies geschehen und wann? — Hierzu bemerkt die Theaterreform, welche in unmittelbarer Verbindung mit der Theater-Agentur F. Eisfeld in Magdeburg, Hajffelbachstraße 2, steht: „Man? Ja, das fragen wir auch; jedenfalls ist es richtig, daß sich die Herren Sozialdemokraten die Zeit nicht lang werben lassen, und ihre Kräfte anderswo anzuwenden, denn die Schauspieler sind denn doch zu „helle“, um sich durch sozialdemokratisches Geschwätz von dem „Umpflichten“ auszu lassen.“ Folgt die Brandmarke eines Mannes, welcher sich auf den Brechern, die die Welt beherrschen, unanständig, ja teilweise roh benommen haben soll. Dielem Manne, den die

Nut zu Ausschreitungen getrieben haben mag, werden sozialistische und anarchische Bestrebungen angeblüht und behauptet, daß er in Böden in öffentlicher Versammlung gegen die „Tyranisierung“ der Theater-Mitglieder hat reden wollen; was nicht geschehen ist. Nachdem die Theaterreform ihre Brandmarke geschlossen, schreibt sie: „Die vorstehenden Briefe veröffentlicht wir, gereizt durch den frechen Angriff eines sozialdemokratischen Blattes, dem nichts heilig ist, weder Gott, Religion, weder Vaterland noch die Ehre anständiger Menschen, wenn sie sich nicht bereit erklären, der roten Fahne zu folgen und zur Warnung für Theater-Direktionen.“ — Daß unser Artikel so tief einschlagen würde, konnten wir nicht ahnen. —

Ein einziger Leser des General-Anzeigers hat sich dem wirklich gefunden und auch einmal gegen die Umsturzvorlage etwas zu bringen. Im Sprechsaal hat ein Herr L. K. folgendes veröffentlicht:

Zum Umsturzgesetz.

In vielen Städten Deutschlands regt es sich und werden Protest-Versammlungen abgehalten gegen das bevorstehende Umsturzgesetz. Aber hier in Magdeburg nicht. Warum das? Liebt es denn hier keine freihellich denkenden Menschen, sondern nur Ja- und Amen-Sager?

Das Gesetz bedeutet eine Reaktion der aller schlimmsten Sorte und kann nur nach dem Wünsche von Geistlichen, Militärs und Genen sein, die den Menschen vom A bis Z nach der Schablone formen und durch die Polizei regieren wollen. Gelangt dies Gesetz zur rechtsgültigen Annahme, dann werden auch noch Gesetze kommen, die Zustände herbeiführen, wie wir sie vor 1848 hatten, wo der Junker und das Militär alles gekten; der erwerbsfähige Bürger und Arbeiter gar nichts. Solche Zustände wären auch heute noch ganz nach dem Herzenswunsche gewisser Kreise.

Wird der Gesetzentwurf wirklich angenommen, dann bekommen auch die Wände Ohren und das Demagogentum gelangt erst recht zur vollen Blüte. Denn jede freihelliche Äußerung, selbst beim Gasse Bier, wird nach dem Umsturzgesetz beurteilt und bestraft werden. So wird keiner den Mund aufhien dürfen, um ein Wort der Kritik zu äußern. Darum auf! freihellich denkende Bürger Magdeburgs, gebt durch eine Protestversammlung kund, daß Ihr es wünscht, von dem Umsturzgesetz verschont zu bleiben. —

Aus keiner Demerkung, daß hier in Magdeburg noch keine Protest-versammlung stattgefunden habe, geht hervor, daß sich der Herr L. K. nicht sehr eingehend mit der politischen Bewegung beschäftigt hat. Gäte er das, dann müßte er wissen, daß von seiten der Arbeiterpartei schon über ein Duzend Versammlungen gegen das Gesetz, welches alle freihelliche Entwicklung der Nation wird, abgehalten worden sind. Allerdings von seiten der schlafrunkenen und besenklenen Leser des General-Anzeigers kann man nicht erwarten, daß sich ein Funken Ehrgefühl in ihnen regt. Nur ein wenig Selbstbewußtsein müßte dem Speißbüttele sagen: dein höchstes Gut ist deine freie Meinungsäußerung, müßte ihn bewegen haben, gegen die Vorlage aufzutreten. Aber das thut er nicht und kann es auch nicht thun, da der General-Anzeiger dafür sorgt, daß die Leser nicht die Krallen der Raze, sondern nur das Sammelbüchlein merken. Nur die Sozialdemokratie ist es gewesen, die einzig und allein in Protestversammlungen gegen die Umsturzvorlage, gegen die Verächtlichmachung des deutschen Geistes, der Kultur und Wissenschaft aufgetreten ist. —

— Grobes Ausschreien ereigt die Nachricht von dem Zusammenbruch der hiesigen Kolonial-Großhandlung von Schwie u. Fahrenhorst (Inhaber z. B. Fahrenhorst und Oskar Schmidt), welche im Handbelle die Magdeburger Zeitung, und folgt noch Folgendes hinzu: Man erzählt sich, daß der Mitinhaber der Firma Oskar Schmidt unter dem Vorwande einer Geschäftsreise, die er nach Prag machen müsse, verschwunden sei. Bei dem Ansehen, das die Firma und ihre Inhaber hier genossen, fand das Gerücht anfänglich wenig Glauben. Nach den von uns eingegesehenen Erkundigungen bei den am Zusammenbruch beteiligten Firmen bestätigt sich aber die fatale Angelegenheit in vollstem Maße. Schmidt ist in der vergangenen Woche am Dienstag angeblich nach Prag abgereist und hat dann einige Tage nichts von sich hören lassen. Dienstag langte hier ein Brief ein, der seinem Socius die Schredensbotschaft machte. Einige hiesige Firmen haben ganz bedeutende Verluste zu erleiden, eine von 80 000 Mk., eine von 30 000 Mk., eine von etwa 10 000 Mk., so, sogar die Gelber der Frauen sollen verschwunden sein. Eine genaue Uebersicht über den Gesamtverlust ist noch nicht festgesetzt worden und die Bücher und aufgestellten Bilanzen konnten auf ihre Richtigkeit noch nicht geprüft werden. Herr Fahrenhorst hat inzwischen in einem Schreiben an seine Gläubiger Angabe von der Handlungswiese seines Socius gemacht und ihnen mitgeteilt, daß er seinen Konkurs anmelden müsse. Er ladet seine Gläubiger zu einer Versammlung auf Donnerstag, 21. Februar, vormittags 11 Uhr, nach seinem Geschäftslokal, Hell. Geißstraße 28, ein. O. Schmidt war auch Kollekteur der preussischen Landeslotterie. — Daß der nationalliberalen Lanie Fader diese Angelegenheit fatal ist, glauben wir gern, da die in Frage kommenden Herren die größten Patrioten Magdeburgs sind. —

— Suppen- und Kohlenverteilung. Seitens der städtischen Armenverwaltung wurden in der Woche vom 11. bis zum 16. Februar

Feuilleton. (Nachdruck verboten.)

Ein Held des Geistes und des Schwertes.

Historischer Roman aus den Zeiten des deutschen Hansabundes von A. Ditt-Balzer.

Erstes Kapitel. Vor der Thoren.

Seht, da liegt Braunjahweg! Inmitten eines bunten Teppichs von Feldern, Wäldern und Gehölz, welchen die Däer wie ein samales Silberband durchzieht, ragt es empor mit seinen dichtgedrängten gotischen Türmen, ein lockendes Ziel für das Auge des Auswanderers. Das grüne Feuer, welches da oben hoch in den Wäldern brennt und flammt, ist die von den Sonnenstrahlen umflossene Spitze des Turmes auf der St. Andreas-Lände. Kein Turm, es sei denn der der Wiener Stephans-Lände oder des Straßburger Münsters, ragt so hoch in die Lüfte im ganzen heiligen deutsch-römischen Reiche. Und wie viel andere Eremitenlöcher sind dicht umher gruppiert! Da, das Blaschütz, dort die Marimilande mit ihren Doppeltürmen und dicht vor auch mit ihrem hohen Dachrücken die mächtige Egypdienstraße.

Die Straßen, die von allen den Thoren ausgehen, führen bis ans Ende der Welt, nach Flaadern und Slavland, nach Kaffa und dem alten Persien an dem Meere, nach Magdeburg und Szeged, und nordwärts nach den stolzen Handelsstädten Bremen, Hamburg und Albed, von dort übers Meer oder tief nach Rußland hinein bis Nowgorod. Sie bilden die Pulsadern gleichsam des himmelanbühenden Handels, und Braunjahweg ist sein Herz, ein Hauptpulsplatz, eine Quartierstadt der Straße.

Aber dieses Herz ist jetzt ungesund, wenn auch nicht mit dem dreifachen Geze des Feuz, so doch mit Wasser, Bällen und Gräben. Sichtlich vom Druck teilt die Däer ihr röchliches Wasser den rechts und links in geringer und hoher Lage die Stadt umarmenden Gräben mit, die daselbst wie am Bendeuhore dem das Juncere der Stadt durchfließenden Fluß wieder zufließen. Es ist die Zeit, da die Sonne nach langem Winter nach den Erde schon wieder so wieder gelüßt hat, daß

überall die hellen jungen Gräser lustig und frisch hervorschießen und fast übermütig auf die Primeln schauen, welche allgemach am Ende ihres kurzen Frühlingstraumes angelangt sind. Es ist die Zeit, da man im ganzen Umkreis der Stadt schon den heißen Sandmann emsig beschäftigt zu sehen pflegt, das schwere erziehbare Erdröckel anzuhören und zu befehen, um die Gante vorzubereiten, die selten in schmerzlicher Weise die berechtigten Erwartungen täuscht.

Doch heute, es ist ein freundlicher Apriltag des Jahres 1615, sieht man der Arbeiter nur wenige beschäftigt, und auch diese nicht nach Maßgabe des Spruches: „Im Schwelge Deines Angesichts sollst Du Dem Brot essen“, denn oftmals zögert der Fuß, zögert die Hand, und nicht selten ist es der Arbeitsluft des Zugtiers überlassen, ob das Werk vorzuehrit oder nicht.

Fleßiger schon rühren sich die Hände dicht an dem Gürtel der Stadt zwischen dem St. Egypdien- und dem St. Magnthore, wo das Erdröckel, freilich nicht zu Zwecken der Landwirtschaft, bewegt wird. Was man hier erstrebt, wird da leicht erkennen, wirf nur einen Blick auf die Langrechte mit ihren Eisenhäuben am Egypdienhor, wirf nur einen Blick auf die Gruppe bewaffneter Bürger, die mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Scene schauen, welche in einer Entfernung von etwa zweitausend Schritt von dem Sändigürtel entfernt vor sich geht. Geßränche und Bäume verdecken ihn und wieder die Einzelheiten, aber vom Wächtturme aus läßt sich alles recht gut überblicken.

Einige Reitertrupps in Stärke von je 4—6 Mann, sowie kleine Abteilungen von Fußknechten mit den Abzeichen herzoglich braunschweigischer Soldner geschmückt, sind über die nächste Umgegend zerstreut und führen anscheinend ganz planlos und unter sich unabhingende Manöver aus: denn während gerade eine kleine Abteilung von Reitertrupps mit größter Schnelligkeit vorrückt, bleibt eine nahe Reitertruppe unthätig und erwartungsvoll halten, indessen in einiger Entfernung davon Reiter mit verhängten Bügeln vorprengen, während die von ihnen überholten Reiter sich nach einem Graben oder Geßränch zurückziehen.

Ein strategisch erfahrene Auge wird aber bald erkennen, daß die Ursache aller dieser Bewegungen zwei Punkte sind, die, wie es scheint, alle Bemerkung zu haben

glauben, ihrerseits mit jenen Bewaffneten in keine nähere Berührung zu kommen und sich deshalb, soweit möglich, im Mittelpunkt des um sie gezogenen Halbkreises halten. Nach einer längeren aufmerksamen Beobachtung der Weiden wird man dann zu der weiteren Ueberzeugung gelangen, es müsse das Paar aus Herr und Diener zusammengekehrt sein, da der vordere Reiter augenscheinlich die DIRECTION ausübt. Dieser ist, wie sich ziemlich deutlich erkennen läßt, ein noch junger Mann von vielleicht 30 Jahren. Er erscheint etwas ärmlich gekleidet, die ziemlich magere Gestalt wird eng von einem etwas abgetragenen silbergrauen Wamms umschlossen; über demselben trägt er ein Koller von Glendehaut mit eisernen Ringen eingefast. Die Beine umschließen gelblederne Hosen und lange bräunliche Stiefel mit großen Sporen, und das gebräunte, von langen schwarzen Haaren umrahmte Gesicht beschattet ein verwitterter Hut von sehr zweifelhafter Form und Farbe, geschmückt mit einer roten Feder. Das Auszeichnendste ist jedenfalls das Roß, dessen kräftiger und doch eleganter Bau spanische Abkunft verrät. Es trägt außer seinem Reiter einen ziemlich umfangreichen Mantelack, ohne daß es sich durch beide Lasten in seinem elastischen, anmutigen Gange behindert zeigt.

Der Kleidung allein nach würde man dem Diener schwerlich eine geringere Lebensstellung zuerkennen als seinem Führer; sein braunes Wamms sieht sogar etwas konzentrierter aus. Der größte Unterschied liegt in den Jahren und in der Gestalt, denn der Diener ist kleiner, gedrungener; das durchschimmernde graue Haar und die einseharen Buge lassen auf einen Fünfziger schließen; er reitet einen Holsteiner und hält sich mit mathematischer Genauigkeit drei Schritte hinter seinem Herrn, ohne bei seinen Bewegungen viel nach rechts oder links zu blicken.

Bei der großen Sicherheit und anscheinenden Sorglosigkeit, mit der sich die beiden Reiter verhalten, möchte man glauben, sie hätten keine Ahnung von der sie bedrohenden Gefahr; aber es scheint nur so; denn, mag eine Bewegung zu ihrer Seite oder hinter ihrem Rücken geschehen, so verändern sie ihre Richtung ein wenig und fahrt a tempo, wodurch sie nach wenigen Minuten bejäherrigter Bewegung den gewünschten Mittelpunkt wieder erreicht haben.

(Fortsetzung folgt.)

an bedürftige Einwohner unserer Stadt verteilt: in der Altstadt 3470 Alt- und 2322 Centner böhmisches Braunkohlen, in der Endenburg 6882 Alt- und 570 Centner Braunkohlen, in der Neustadt 7768 Alt- und 768 Centner Braunkohlen, in Buchau 2163 Alt- und 228 Centner Braunkohlen. Zusammen 20 053 Alt- und 2796 Centner Braunkohlen.

— Von der Elbe. Die Elbstrombauverwaltung stellt mit, daß auf der Unterelbe am 19. Februar die Eisbede, die sich in vorgerückter Nacht bei — 13 ° C. zur Flutzeit bis Fünfhausen hin aufgebildet hatte, von den Eisbrechdampfern wieder durchbrochen werden mußte. Unmühselig gelangen die Eismassen mehr zum Abzug, und die Strombreite, die nach und nach durch die mehrtägigen Arbeiten der Eisbrechdampfer hier wiederholt aufgeweht wurde, wird so ansehnlich, daß sie nicht allzu starkem Frost sich die Arbeiten wieder hauptsächlich der Elbe oberhalb Harburg zuwenden können. Am 19. Februar sind die Dampfer Stromaufwärts bis Delters, Ort bei Flegelberg, km 602, vorgebrungen. In Böhmen hat vom 10. bis 16. Februar durchweg Frost geherrscht, der besonders am 10. und 11., dann aber auch am 13. und 14. Februar bis auf — 20 ° C. hinabging. Am 14. und 15. Februar traten beträchtliche Schneefälle besonders im südlichen Böhmen ein.

— Zur Thätigkeit der Feuerwehrt. Am Montag morgen gegen 8 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr um Hilfe gebeten. Auf dem Grundstück Augustastraße 35 war durch Wasserrohrbruch Wasser in den Keller getreten. Ein Kommando der Feuerwehrt besetzte mittels Strahlapparat weitere Gefahr. — Gegen 11 1/2 Uhr brannte auf dem Grundstück Seydelstraße 3 ein Gemäuer. Ein Kommando rückte nach dort und besetzte durch Abstreifen des Schornsteins weitere Gefahr. — Desgleichen brannte Schneefelderstraße 107 auf im Ofenrohr. Die Endauer Feuerwehrt besetzte weitere Gefahr.

— In der hiesigen künftigen Krankenanstalt wurde der Patient Peter K. aufgenommen, der von einem Pferde im Falle gegen eine Wand gedrückt worden war, wobei er eine Unterleibsquetschung erlitten hatte.

— Risiko der Arbeit. Der Arbeiter Wilhelm H. fiel in der Nacht vom 17. zum 18. Februar auf der Allenzunderfabrik kopfüber in ein Gefäß siedenden Ruder, wobei er sich den Kopf, die Brust und die Arme in schrecklicher Weise verbrannte. Er hatte einen in den Dölich fallenden Sack ergreifen wollen und dabei das Übergewicht verloren. Nachdem er einige Stunden im Krankenhause gelegen, erlag er seinen qualvollen Leiden.

— Unfall. In der Dampfmaschinenwerkstatt von Dittmar in der Neustadt verunglückte an der Hobelmaschine der Arbeiter Sch. Vier Finger sind schwer verletzt.

— Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb am 19. Febr. 1895. 92 Rinder (einschl. 13 Küsten), 167 Kälber, 141 Schafjoch x, 883 Schweine (davon 73 Bafonier).

— Diebstahl. Am 20. Dezember 1894 ist aus der Ordnungsstelle im Nienlandtgebäude hier selbst eine silberne Schlüsselzylinderuhr in einer Blechhülle mit Hornscheibe entwendet worden. Innen sind die Worte „Dito Bussle, Biejar.“ darunter zwei Blumenzweige eingraviert. Der Erste Amtsanwalt warnt vor Ankauf und erfucht, alle Umstände, welche zur Ermittlung des Diebes oder Wiedererlangung der Uhr dienlich sein können, zu den Akten 45.95 a mitzuteilen.

— Halle. (So wird „gepart.“) Das Eisenbahn-Betriebsamt verlangt 27 Kipkranten für den Bahnbewachungs- und Weichenstellenbetrieb zum 1. April. Damit aber, wie wir vermuten, der Staat nicht viel von den verschiedenen Millionen Ueberschuss einbüßt, erhalten die Staatsbeamten einen Jahreslohn von 700 Mark, der nach Abzug verschiedener Prämien bis 1500 Mark steigt. Das letztere kann aber lange dauern. Ferner wünscht für den Hungergehalt von 650 Mk. (Reisend bis 900 Mk.) nebst Wohnungsgeld (60—72 Mk. pro Jahr) das Postamt einen Landbriefträger, der noch 200 Mk. Ration sich abzugieren muß. Ach ja — Militär- und Marineforderungen sind wichtiger als bessere Beamten-Bezahlung — nach Ansicht des kolonialschwärmers Bourgeois. Wir denken entgegengeleitet.

— Halle. (Eisenbahnunfall.) Infolge eines Veragens der Bremsen fuhr Dienstag Mittag 11 1/2 Uhr der Zug von Halle-Sorau über das Ziel im Bahnhof hinaus und stieß auf den zur Abfahrt bereitstehenden Zug Halle-Kassel. Ein Passagier wurde verletzt, und vier Wagen entgleisten.

— Morgen erste Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Tabakfabriksteuer. Seitens unserer Partei spricht Genosse Förster.

42. Sitzung vom 20. Februar.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des von dem Abg. Graf v. Hompesch und Genossen eingebrachten Gesetzesentwurfs, betreffend die Aufhebung des Bistums über den Orden der Gesellschaft Jesu.

Abg. Graf v. Hompesch (Centr.) beschränkt sich auf die Bitte um Annahme des Antrages.

Der Antrag wird in allen seinen Teilen mit großer Mehrheit angenommen. Gegenstimmen die schwach besetzte Rechte, die Nationalliberalen und einige Freisinnige. Das Ergebnis der Abstimmung wird vom Centrum mit Beifall begrüßt.

Es folgt die zweite Beratung des von dem Abg. Dr. Paschke eingebrachten Gesetzesentwurfs betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten in Verbindung mit den Anträgen Ander und Auer.

Medlenburgerischer Bevollmächtigter v. Dreyen: Der weitaus größte Teil der Medlenburger ist zufrieden mit der heutigen Abstimmung, und ich habe zahlreiche Rundgebungen in dieser Richtung bekommen. Die medlenburgische Bevölkerung steht hinter ihrer Regierung und nicht hinter Herrn Richter. Das Reich würde geschwächt werden, wenn es hier seine Kompetenz erweiterte.

Abg. Richter (Zit. Sp.): Die Verfassung bleibt dem Reiche die Verfügung, seine Kompetenz auszudehnen. Alle Parteien haben auch zugestimmt, daß man formelle Einwendungen gegen die Anträge nicht erheben kann. Der medlenburgische Vertreter hat hier vor dem Reichstag in einer so spöttischen Weise gesprochen, wie es dem Vertreter eines so kleinen Staates, der in der politischen Entwicklung so weit zurückgeblieben ist, am wenigstens ansteht. (Heiterkeit.)

Ich für meine Person habe niemals in Anspruch genommen, daß die medlenburgische Bevölkerung hinter mich stehe. Hier aber handelt es sich darum, ob die Medlenburger eine konstitutionelle Verfassung haben wollen, und darüber bleibt einzig und allein die Wahlfähigkeit ausschlaggebend. Diese ergibt im Sinne der vorliegenden Anträge für die drei hinter diesen stehenden Parteien 67 000 Stimmen und für die Konserverativen 33 000 Stimmen. Die Urheber der Rundgebungen, von denen der medlenburgische Vertreter gesprochen hat, hat er nicht genannt. Nun hat aber andererseits in den letzten Tagen in Rußland eine öffentliche Verammlung stattgefunden, die sich einmütig für eine konstitutionelle Verfassung erklärte. (Jede, hört links.)

Die medlenburgische Verfassung ist ebenso entstanden, wie auch die übrigen feudalen Verfassungen, und daß die Medlenburger längst mit der Verfassung aufgeräumt hätten, wenn ihnen nicht die Reichsregierung in die Arme gefallen wäre, und diese Exekution ist wieder nur ermöglicht worden durch Bestechungen in Wien und beim Kammergericht.

Es bezweifelt niemand, daß das Verfassungskomitee zwischen dem Großherzog und dem Landtag verhandelt worden ist, aber dieser Landtag ist berufen worden auf Grund eines Wahlrechts, das vorher die alten Stände genehmigt hatten. Die Strelitzer Regierung ist noch einen Grad reaktionärer als die Schweriner. Herr Rand, der Vertreter von Medlenburg-Strelitz, hätte sich nicht zu berufen brauchen auf den unerschütterlichen Zusammenhang zwischen Volk und Kaiser in seinem Lande, denn wenn 1849 die Kaiserliche Armee nicht der Strelitzer Regierung zu Hilfe gekommen wäre, dann wäre es mit der Strelitzer Regierung zu Ende gewesen. Dem Rugeburger Landtag kann man es gar nicht verargen, daß er nicht zugestimmt hat, weil sich das Volk für zu gut hält, bloß als Steuerbewilligungsmaschine zu figurieren, ohne in der Verfassung ein Mitspracherecht zu haben.

Der Vertreter von Strelitz hat darauf hingewiesen, wie glücklich die Verhältnisse dort vor 30 Jahren waren, wie ungetrübt man da lebte. Demgegenüber war die Auswanderung nirgends so groß als dort, und kein Land hatte so viele uneheliche Kinder. Wenn nicht so viele uneheliche Kinder gewesen wären, dann wäre Strelitz schon längst ausgestorben. (Eintönige andauernde Heiterkeit.) Wer das Reich mit seiner Verfassung für Verheerungsfähigkeit, Freizügigkeit und Gewerbetätigkeit hat bessere Zustände geschaffen. Die Geschichte ist doch bisher vor Strelitz nicht für vorbeigezogen. Die Strelitzer Regierung hat sich nicht getraut in den norddeutschen Bund aufzutreten. Das Strelitzer Kontingent war angeblich damals nicht kriegstüchtig, weil die Wagenschirme fehlten. (Heiterkeit.)

Man sagt uns, unsere langen Reden würden nichts nützen. Es hat schon einmal eine kurze Rede von mir an den medlenburgischen Reichstagen etwas geändert. Bis 1872 hatte Medlenburg dieselbe Selbstständigkeit in Militärbelange wie heute Sachsen und Württemberg. Strelitz hatte sein geheimes Kabinettsministerium und im Etat daselbst waren a. B. für Bau und Unterhaltung der Festungen fünf Thaler ausgederont. (Große Heiterkeit.) Meine kurze Rede über diese Verhältnisse, die damit dem Fichte der Lächerlichkeit preisgegeben wurden, hatte den Erfolg, daß schon im Dezember desselben Jahres eine andere Militärkonvention mit Preußen abgeschlossen wurde. Herr Rand hat sich auch als Vertrauensmann des Fürsten hingestellt. Er ist großherzoglicher Domänenpächter. Daraus kann man aber doch nicht annehmen, daß er auch das Vertrauensverhältnis für die Verfassungsgesichte hat, um die besondere Strelitzer Schwere hier zum Ausdruck zu bringen. (Große Heiterkeit.) Das wäre doch eine zu feudale Aufschwüfung eines Pachterverhältnisses, selbst wenn es sich um eine großherzogliche Domäne handelte. (Heiterkeit.)

Man hat uns gesagt, wir sollten lieber uns um die Finanzen kümmern und dafür sorgen, daß Medlenburg weniger zu zahlen hat. Helfen Sie uns am Etat streichen, da habe ich aber bisher eine medlenburgische Thätigkeit am wenigsten bemerkt. Was nützt das aber, wenn das Land selbst keine Volksvertretung hat, die über die Verwendung der Erleichterungen beschließen könnte? Aus dem Wohlthätigen Hospitale kann man die Finanzen aller Länder, auch der halbcivilisierten übersehen lassen. Als ich aber Strelitz aufsuchte, las ich: Finanzen: Unzureichende Angaben sind nicht bekannt. (Eintönige Heiterkeit.)

Herr v. Frege wies auf die „schaffenstüchtige“ Periode des Reichstags hin im Gegensatz zu der Periode der Strenge, die ich verschuldet hätte. Herr v. Frege ist erst seit 1878 hier, also seine Thätigkeit fällt zusammen mit dem Erlaß des unglücklichen Sozialengesetzes, mit der Erhöhung der Militär-, Zoll- und Steuerlasten um 4—500 Millionen; das war seine Schaffenstüchtigkeit. Schaffenstüchtig war ich auch, aber vor 1878, wenn man in der Verfassung wirtschaftliche Einheit und Freiheit zur Geltung kommen ließ. Wenn ich davon gesprochen habe, daß Fürst Bismarck Interessenvertretungen geschaffen habe, so geschah es darum, weil der medlenburgische Regierungsvertreter dem Parlamentarismus vorwarf, er bringe Interessenagitation hervor. Fürst Bismarck hat aber diese Agitation gestiftet und gepflegt. Herr v. Frege hat den Monarchen den Dank dafür ausgesprochen, daß er in einer bestimmten Weise, die er genehmigt, ein Ehrenamt für den Fürsten Bismarck in Aussicht genommen hat. Dana muß es auch mit gestiftet sein, dem Monarchen den Dank auszusprechen dafür, daß er im Jahre 1890 endlich der Rangierantokratie des Fürsten Bismarck ein Ende gemacht hat. Leider werden wir an den Folgen dieser Witzhaft noch lange genug im Reichstag und im Deutschen Reich zu leiden haben. (Beifälliger Beifall links.)

Abg. v. Buchla (L.) protestiert gegen Richters Kritik und erörtert die Kompetenzfrage. Er erklärt die Finanzen Medlenburgs für ebenso gut und durchschichtig wie in irgend einem Nachbarstaate. Er gesteht die Kompetenz des Reiches zwar zu, meint aber, es liege keine Notwendigkeit zu einem Vorgehen gegen Medlenburg vor. Das ganze Medlenburg steht hinter ihm.

Paschke (Z. Bgg.) betont nochmals, die Kompetenz des Reiches sei gar nicht zu bestreiten und verweist auf viele ihm zugegangene Zustimmungsschreiben.

Abg. Senger (Welle) bekennt die Kompetenz des Reiches. Abg. Senger: Nicht wegen des Parlamentarismus, sondern trotz des Parlamentarismus werden Sonderinteressen vertreten. That das nicht auch die Rechte, in deren Anträgen die Interessen eines ganz kleinen Reiches zur Geltung kommen? (Widerpruch rechts.) Das kann man doch aber nicht bestreiten, daß die breite Masse des Volkes nur im Parlament eine Vertretung finden kann. Aber freilich ist dazu das geheime, gleiche und direkte Wahlrecht notwendig, denn bei dem jetzigen Wahlrecht der Einzelstaaten kann man von einer Volksvertretung nicht sprechen. Es ist ein großer Mangel des Antrages Paschke, daß er die Wahlfrage nicht enthält, nach denen gewährt werden soll. Falls dieser Antrag abgelehnt wird, wird meine Partei für den Antrag

Ander, und wenn auch dieser abgelehnt werden sollte, für den Antrag Paschke stimmen. Wir verlangen die Ausdehnung des Wahlrechts auf diejenigen, die das 20. Lebensjahr überschritten haben. Wenn unsere jungen Leute zum Kanonikeramt gut genug sind, so ist auch kein Grund vorhanden, sie nicht an der Gesetzgebung teilnehmen zu lassen, welche über ihr Schicksal bestimmt. Einen triffligen Grund für Verneinung des Wahlrechts an die Frau hat noch niemand angegeben. Die Erfahrung hat gelehrt, daß überall da, wo Frauen das Wahlrecht hatten, die gesamte Haltung des Parlaments eine sehr gute war.

Abg. Sinterer (L.): Im Namen meiner politischen Freunde kann ich erklären: Unser Elsas-Rothlinger Landesausschuß ist durchaus nicht so machtlos, wie es hier oft dargestellt wird. Mit dem Wahlmodus des Landesausschusses sind wir nicht einverstanden, aber eine Änderung kann nicht herbeigeführt werden durch die Beschließung eines anderen Parlaments. Wir müssen gegen jede Bevormundung in unseren inneren Angelegenheiten protestieren und lehnen deshalb die Anträge ab.

Medlenburgischer Bevollmächtigter v. Dreyen: Ich habe allerdings erklärt, daß ich ein Vertrauensmann der Medlenburger Regierung bin, und ich halte mich sowohl für berechtigt, als auch für verpflichtet, der Verfassung einzulegen gegen die empfinden, jedem Anstandsgefühl hochsprachenden Äußerungen des Abg. Richter (große Unruhe links. Lebhafteste Aufe: Zur Ordnung!) Die weiteren Ausführungen des Redners sind wegen der im Hause herrschenden Unruhe nicht zu verstehen.

Präsident v. Zewe: Ich habe mein lebhaftest Beharren darüber auszusprechen, daß vom Bundesrätliche Äußerungen gefallen sind, die mit der Ordnung des Hauses nicht in Einklang zu bringen sind. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Vieher (Centr.) erklärt, das Centrum stimme gegen den Antrag Paschke, sowie gegen die Anträge Ander und Auer.

Hierauf wird der Antrag Auer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Antrag Ander gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der sächsischen Volkspartei, der freisinnigen Volkspartei und eines Teils der Freisinnigen Bereinigung, der Antrag Paschke gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, beider freisinnigen Parteien, der sächsischen Volkspartei, der Antifemiten und das Gros der Nationalliberalen abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Antrages Sige (Cir) und Genossen, die Regierungen zu erfuchen, Erhebungen darüber zu veranstalten: 1) wie die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen (§ 137 der Reichs-Gewerbeordnung) in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung gewirkt hat; 2) welche Erfahrungen speziell bezüglich des Beschäftigens von Arbeiterzeit und Arbeitsleistung gemacht sind; 3) wie weit die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf die der Arbeiter zurückgewirkt hat; 4) inwieweit nach den gemachten Erfahrungen eine generelle oder spezielle Beschränkung der Arbeitszeit auch für die Arbeiter notwendig erscheint und welche Beschränkung; 5) wie die Beschäftigung verheirateter Arbeiterinnen auf Gesundheit und Familienleben einwirkt; inwieweit die Beschränkung einer 11/2 stündigen Mittagsruhe für Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu betreiben haben (§ 137 Abs. 4 der Gewerbe-Ordnung) jenen hinsichtlich zu gute kommt; welche weitere gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Beschäftigung verheirateter Frauen mäßig und notwendig erscheinen.

Abg. Sige bepricht die einzelnen Punkte seines Antrages und stellt es als besonders wünschenswert hin, daß die Arbeitszeit für verheiratete Frauen auf 5—6 Stunden beschränkt werde. Bezüglich der Ausführung der Exakte müßten außer den Arbeitgeberinnen noch die Krankenkassen und Fabrik-Inspizektoren benommen werden.

Staatssekretär v. Boetticher erklärt, er wolle sich gleich über die Angelegenheit ausprechen, da er der folgenden Debatte nicht beiwohnen könne. Der Regierung sei der Antrag insofern durchaus sympathisch, als er darauf hinwirke, den Arbeitern ein geordnetes Familienleben zu verschaffen.

Es sprach noch die Abgg. Schall und Möller, worauf Beratung eintritt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Tabaksteuervorlage.

Im Abgeordnetenhause wurde heute weiter über die Stempelsteuervorlage debattiert. Die Opposition gegen die Vorlage hat keine Abschwächung erfahren. Bloß der stets getreue Knappe der Regierung, Herr Gamp, konnte sich auch für den neuesten Steuerplan des Herrn Miquel erwärmen. Die Vorlage wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Morgen wird die Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Die Umsturzkommission tagt am Freitag vormittag 10 Uhr. Zur Beratung steht der § 129 (Komplottparagraph). Wir berichten über die Verhandlungen.

Die Kommission zur Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnen-schiffahrt und Flöhererei hat die erste Lesung der Vorlagen beendet. Einen zusammenfassenden Artikel werden wir demnächst den Schiffern unterbreiten.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß in ihrer heutigen Sitzung gelegentlich der zweiten resp. dritten Lesung des Militäretats die Regierung zu erfuchen, einen Gesetzesentwurf vorzubereiten, betreffend die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und Einführung des Militärsystems an Stelle der stehenden Heere.

Partei-Nachrichten.

Die Aenderung der Invaliditäts- und Altersversicherung betreffend hat die sozialdemokratische Fraktion zum Etat für das Reichamt des Innern folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu erfuchen, dem Reichstage noch in dieser Session den Entwurf eines Gesetzes zugehen zu lassen, wodurch

- a) der § 157 des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung dahin abgeändert wird, daß jeder Versicherte, welcher das 70. Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrenten erhält und
b) die §§ 9 Absatz 3 und 156 des genannten Gesetzes dahin abgeändert werden, daß diejenigen Versicherten, welche infolge ihres geistigen oder körperlichen Zustandes nicht mehr imstande sind, sich in ihrem Beruf die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahres-Arbeitsverdienstes zu erwerben, Invalidenrente erhalten.

Dieser von sozialdemokratischer Seite gemachte Verbesserungsveruch, der durchführbar ist, ohne die Kosten zu erhöhen, erregt den Grimm der Offiziere, und sie suchen die Absicht des Antrages als „agitatorische“ zu verächtigen, weil die Sozialdemokraten im Reichstage gegen das Gesetz gestimmt haben. Das dies nicht aus Gegnerschaft gegen das Prinzip des Gesetzes geschähe, sondern weil die Einzelbestimmungen nicht den berechtigten Anforderungen genügten, wissen die Offiziere natürlich recht gut. Aber es wird unverkoren gelogen zur höheren Ehre der „Ordnungsmänner“.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 21. Februar 1895.

Der Reichstag nahm heute ohne Debatte nach kurzer Begründung des Abg. Hompesch in dritter Lesung den Gesetzesentwurf betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu an. Wie der Bundesrat über diese Abstimmung denkt, werden wir ja bald erfahren — bei der Abstimmung über die Umsturz- resp. Marinevorlage sehen wir uns wieder. Während der Abstimmung waren die Sessel der Bundesrats-Vertreter und der Minister vollständig leer. Nur der medlenburgische Vertreter war anwesend, er konnte sich nicht gut drücken, da als zweiter Punkt der Tagesordnung: die Volksvertretung in den Bundesstaaten zur Debatte stand. Der Vertreter Medlenburgs wendete sich kurz gegen frühere Ausführungen des Abg. Paschke, wurde aber darauf von dem Abg. Richter in einer Weise abgeführt, wie selten im Hause gehört. Dem Großmachtstügel der Medlenburger Feudalherren kennzeichnete Redner wie folgt: Medlenburg weist die größte Zahl der Auswanderer auf, Medlenburg hat auch die größte Zahl unehelich geborener Kinder. Und das ist sehr gut gewesen. Denn wenn diese außerehelichen Kinder nicht geboren, wäre Medlenburgs Bevölkerung längst ausgestorben. Herr v. Buchla fehlten die Worte, um das Gebahren des Abg. Richter zu kennzeichnen, welcher in unerhörter Weise die medlenburgische Regierung verspottet haben soll. Richters Rede wollen unsere verehrten Leser im Parla mentarischericht nachlesen; sie wurde ergänzt durch den Abg. Paschke. In Verbindung mit dem vorstehend angeedeuteten Antrag erfolgte die zweite Beratung des von den Abg. Ander und Genossen eingebrachten Gesetzesentwurfs, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten, und weiter die zweite Beratung des von dem Abg. Auer und Genossen eingebrachten Gesetzesentwurfs, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsas-Rothringen. Dieser Antrag fordert das Wahlrecht aller 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Staatsbürger; begründet wurde er von dem Genossen Singer. Für denselben stimmten nur die Sozialdemokraten; für den Antrag Ander stimmten Sozialdemokraten und Freisinnige und für den Antrag Paschke Sozialdemokraten, Freisinnige, Nationalliberalen und Antifemiten. Die Rechte einschließlich des Centrums stimmt gegen sämtliche Anträge. Da das Centrum heute sehr stark vertreten ist (aus dem Landtage wurde sogar der letzte Abgeordnete geholt) fielen sämtliche Anträge. Die Volkstrenndlichkeit dieser Parteien ist wieder einmal angengelt und ihre Gesinnung über das allgemeine gleiche Wahlrecht gekennzeichnet. Es folgt die Beratung des Antrages der Abg. Sige und Genossen, die gewerblichen Verhältnisse der Arbeiterinnen betreffend. Abg. Sige begründet den Antrag, welcher die Aufnahme einer Exakte verlangt. Die Diskussion wurde nicht zu Ende geführt.

Gefraßungen, Verfolgungen etc.

Unter dem neuesten Kurs wurden im Monat Januar insgesamt an Strafen gegen Parteigenossen erkannt auf 2463 Mark Geld- und 4 Jahre 6 Monate und 17 Tage Gefängnisstrafe. Das genügt, wozu noch die Umsturzvorlage?

Angen auf! Für den Umsturz scheint man zur Zeit Material zu sammeln, um der unerhörten Verlegenheit der Regierung, welche sie bei der Kommissionsberatung zeigte, abzuhelfen. Die Polizeibehörde in Kiel zieht nämlich zur Zeit Erkundigungen ein über sämtliche hier bestehenden Arbeitervereinigungen. Speziell stellt man fest, zu welcher Zeit sie begründet und wie viel Mitglieder selbige zählen.

Beschlagnahme. Mit einer vielseitigen Ausbeute kehrten vier Kriminalbeamte heim, welche zu unserem Parteigenossen Hensel, Berlin, Zietzenstraße 15, haussuchen gegangen waren. Sie beschlagnahmen: 1. Zwei Stück Sandstein; 2. ein Stück Bimsstein; 3. eine Düte mit Spitz; 4. eine mit grüner, 5. eine mit roter Farbe; 6. fünf Zweimarkstücke; 7. eine Enser Depesche; 8. eine heilige Fahne; 9. ein Exemplar der Broschüre „Die Polizei und die Arbeitslosen“; 10. diverse andere bislang noch unverbotene Broschüren; 11. eine rote Märznummer vom Lektower Volksblatt und 12. etwa hundert auf den gemeinsamen Namen Richard Fischer lautende Stimmzettel.

Verboten. Klara Zetkin sollte am 14. d. M. in Reichkau über das Thema: Warum fordern die Frauen die politische Gleichberechtigung? sprechen. Dem Finberufer wurde aber an Ratstelle eröffnet, daß die Versammlung verboten worden sei, da die angemeldete Referentin nach ihrem früheren Auftreten im Bezirk der Amtshauptmannschaft Plauen hinsichtlich als eine Person bekannt sei, die in gefährlicher Weise die Staats- und Gesellschaftsordnung angreift und verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander aufreize und zu Gesetzesübertretungen geneigt mache.

rote Mützen. Drei Arbeiter, welche gelegentlich des Arbeiterfestes auf dem Greifenstein bei Geher rote Mützen getragen hatten, standen dieser Tage vor dem Schöffengericht in Ehrenfriedersdorf wegen Vergehens wider die Verordnung vom 14. Juli 1849 und wurden freigesprochen. Gegen dieses freisprechende Urteil hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt.

Der verbissene Sozialistenführer Vasa Pelagitsch, ehemals Archimandrit von Banjaluka, wurde in Zeligrad verhaftet und durch Gendarmen der Metropole zugeführt, wo er in Anwesenheit der Geistlichkeit durch den Metropolit Michael der priesterlichen Würde entkleidet wurde. Schadet nichts. Auch ohne „priesterliche Würde“ wird Genosse Pelagitsch die Interessen seiner leidenden Mitmenschen nach den Geboten des wahrhaften „Christentums“ verfolgen.

Neueste Nachrichten.

Hamburg. Vom Seeamt werden sechs Schiffe als verschollen bezeichnet. — Der im Bolkonal liegende Dampfer „Triumph“ wurde vom Eis durchschnitten. Die Mannschaften hatten kaum Zeit, sich zu retten.

Wien. Gestern wurden hier 12 von der sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlungen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes abgehalten. Die Versammlungen verliefen ruhig und schlossen mit den Rufen: „Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht! Wider mit der Koalition!“ Zwei Arbeitertrupps, welche diese Rufe in den Straßen fortsetzten, wurden von der Polizei auseinander getrieben. Sonst kamen weitere Zwischenfälle nicht vor.

Moskau. Beim Schiffschiffenlauf verunglückten 30 Gymnasiasten. Alle ertranken.

Zur Lokalfrage.

Augenblicklich werden Arbeiter und deren Angehörige erstlich an einem von den Arbeitern der Fürstlich Stollbergischen Fabrik in den Räumen der „Flora“ arrangierten Ball zu beteiligen. Derselbe soll am 9. März abgehalten werden. Wir machen die Arbeiter auf die Beschlüsse der letzten Partei-Versammlung aufmerksam und fügen hinzu, daß die „Flora“ für Sozialdemokraten gesperrt ist. Auf keinen Fall darf ein Sozialdemokrat ein Lokal betreten, dessen Besitzer oder Pächter den Sozialdemokraten die Thür gewiesen hat.

Die Lokal-Kommission.

Carl Lankau, Geschäftsführer der Volkstimme.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Der Verein Deutscher Schuhmacher (Zentrale Neustadt) hielt am Sonnabend, den 9. d. Mts., in Hofers Restauration, Schmidstraße, eine Versammlung ab. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde ein Artikel aus dem Reichsblatt verlesen. Derselbe befaßte sich mit den Demagogen und Liebedienern unter den Arbeitern selbst. Unter Verschiedenes wurde noch erwähnt, daß diejenigen Leute, die früher hier an der Spitze des Vereines gestanden, jetzt unsere Versammlungen wenig oder gar nicht besuchen. Warum bleiben diese Kollegen unserer Versammlungen fern? — Es wurde noch auf Mißstände in der Schlußarbeit von H. u. C. hingewiesen, wo angeblich Lohnreduktionen vorgenommen sind. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Fabrik sind aber zu schwach in der Organisation vertreten, um mit Nachdruck gegen die Lohnzüge aufzutreten. Die Arbeiter an der Zwilmschneiderei müssen oft bis abends 9 Uhr arbeiten, was vor Einführung der Maschine nicht war. Früher wurden nämlich bei Beginn der Frühjahrsarbeiten noch Arbeiter eingestellt. — Mit dem Wunsch, daß die nächste Versammlung, welche Sonnabend, den 23. d. Mts., stattfindet, besser besucht werde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gewerbe-Schwerdeforschung. Um den Arbeitern und Arbeiterinnen in Fabriken und Werkstätten die Möglichkeit zu geben, Unregelmäßigkeiten an Maschinen, welche nicht mit vorchriftsmäßigen Schutzvorrichtungen versehen sind, sowie auch alle anderen Unzulänglichkeiten, welche einer Abhilfe bedürfen, ohne Vermittlung ihres Vorgesetzten oder Fabrikinspektors zu übermitteln, ist obige Kommission ins Leben gerufen und werden alle Arbeiter und Arbeiterinnen ersucht, folgende Adressen hierzu zu benutzen: Rudolph, S. Gärtner, Klosterbergstraße 15; Sodenburg: B. Bernheim, Schöningerstr. 28; Wilhelmshafen: Ostkar-Hofstraße, Annastr. 18a; Neue Neustadt: C. Müller, Rastweidenstraße 55; Alte Neustadt: K. Wollschläger, Weinberg- und Dittenbergstraßen-Ecke; Magdeburg: A. Gorgas, Arbeitsnachweis.

Wahlergebnis. Am Sonntag nachmittag tagte die Ortskrankenkasse landesweiser Arbeiter. Sie hatte sich mit der Vorstandswahl zu beschäftigen. Abgegeben wurden 501 Stimmen. Davon entfielen auf die Liste der modernen organisierten Arbeiter 313 und auf die der „gemäßigten“ 188 Stimmen. Somit siegten die „Roten“, wie sich Angliederer ausdrückten.

Gr. Ottersleben. Am Sonntag den 24. Februar, abends 7 Uhr, findet im Wasserleichenhause eine Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins statt, in welcher der Genosse Lange einen Vortrag über Anarchismus und Sozialismus halten wird. Gäste sind willkommen.

Freitag, den 22. Februar.

Turn-Verein „Germania“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde in „Grafs Garten“.

Sonnabend, den 23. Februar:

Allgemeiner Arbeiterverein für Magdeburg und Umgegend. Zahl- und Bibliotheks-Abend in Magdeburg: Eduard Selbte. — Zahlabend in Sodenburg: „Herbster Biergasse“, Schöningerstr. — Zahlabend in Wilhelmshafen: Restaur. „Zum Schlichthof“, Annastr. — Zahl- u. Schulabend in Neue Neustadt: Brunow's Restaurant, Dreiteufweg. — Zahl- und Diskuterklub-Abend in Alte Neustadt: Frankes Lokal, Dittenbergstraße 13.

Gautereiner Magdeburger Bildhauer. Versammlung im Vereinslokal Kl. Klosterstraße.

Verband der Deutschen Buchdrucker. Vereinsabend in „Stadt Berlin“, Gr. Mützenstraße 13.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Zentrale Magdeburg). Versammlung nachm. 3 1/2 Uhr bei Grothum, Kl. Klosterstr. 15/16.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zentrale Wilhelmshafen). Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr in „Grafs Garten“.

Bereinerung der Deutschen Schmiede (Zentrale Magdeburg). Abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Grothum, Kl. Klosterstraße 15/16.

Berein nichtgewerblicher Arbeiter. Abends 9—10 Uhr Zahlabend im „Bürgerhaus“.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Zentrale Alte Neustadt). Zahlabend bei Wollschläger, Dittenberg- und Weinbergstraßen-Ecke.

Griechentafeln.

Sprechstunde der Redaktion 11—1 Uhr.

S. Ihr Eingangs betr. die Naturheilkunde werden wir erst in der Folge der nächsten Nummer veröffentlicht.

H. S. Den uns eingelangten Bericht „Eine Ordnungsfähige“, wollen wir nicht verwerten, da wir sonst in die Lage kommen können, jeden Tag mit einem oder mehreren Dutzend derartiger Artikel überschüttet zu werden; denn betrunkene Bourgeois oder besser gesagt, betrunkene Personen der besseren Klasse, kann man sehr viel finden.

S. H. Sie fragen an, wer der B. L. sein könnte, der dem hiesigen Antifeminalblatt liefert. Wir teilen Ihnen mit, daß diese Artikel nicht von einem Herrn B. L. geschrieben, sondern nur die Quellenangabe beinhalten; und zwar heißt das B. L. nicht anders als „Rund der Landwirte“, aus welcher Zeitung kein Artikel ohne Angabe der Quelle entnommen werden darf.

„Goldene Drei“. Sie wollen unsere Notiz in Nr. 41, in der es hieß: „Ob das Gedicht nun aus dem Kobold oder dem Schalk, Alt und wie die humoristischen Blätter heißen, herausgeschliffen war, wissen wir nicht...“, dahingehend berichtigen, daß sämtliche Gedichte der „Goldenen Drei“ von der Firma selbst verfaßt und Originalprodukte sind, was schon aus dem oft totalen Inhalt der Gedichte zu ersehen ist. Sie mögen ja der Ansicht sein, auch kann der Zufall vorliegen, daß Sie bei Abfassung des strafbaren Gedichtes dieselben Gedanken als ein Dichter in Berlin hatten. Wir bleiben dabei, daß das Gedicht mit demselben Titel früher in einem Berliner Blatte stand, allerdings hieß es da nicht Café Dom, sondern es war ein anderer Ort genannt.

Freudig überrascht und entzückt werden Sie von unserem mit sprechenden Papagei sein, den wir Ihnen nebst genauer Anleitung gegen Voreinsendung von nur drei Mark sofort zuschicken. Tadellose Ankunft wird garantiert. Jacoby & Co., Neubrandenburg.

Arbeitsnachweis und Auskunftsbureau der Gewerkschaften Magdeburgs mit Zentral-Herberge Kleine Klosterstraße Nr. 15/16. Kostenlose Arbeitsvermittlung und Auskunftserteilung in gewerblichen Streitfragen. Gesucht werden: 2 tüchtige Mädchen für Küche und Haus sofort oder 1. März. Es suchen Stellung: Stellmacher- oder Drechslerlehrling, Gärtner (hier oder auswärts), Gelbgießer, Schlosser, Schmiede, Metallarbeiter aller Branchen, Stellmacher, Tischler (Bau und Möbel), Böttcher, Zimmerer und Maurer, Feizer für Dampfboiler und Drehschneidmaschinen, Comptoworker, sehr gute Jungmänner und Kaution, event. Portier oder Hausmann (civilversorgungsberechtigt), Sattler, Tapezierer, Buchbinder, Schuhmacher, Schneider, Konditor, Kellerer, Vorkantier und nichtgewerbliche Arbeiter in großer Zahl, Kaufleute, Buchhalter, Verkäufer, Geschäftsführer für Hotel oder großes Restaurant, Arbeiterinnen, Verkäuferinnen für Konditorei, Bekleidungs- und Konfektionsgeschäfte, Aufwartenden, Wäscheputzerinnen, Mädchen für Küche und Haus sofort und später, 1 tücht. Pläzlerin für Hotel, Restaurant, Barberei usw. zum 1. März.

Homöopathie! Visser, homöopath. Prakt. Magdeburg, Jakobstraße 3 (früher lange Jahre bei dem berühmten homöopath. Arzte Dr. Volbeding, Düsseldorf).

!!Butter!! 225 Eier und Käse kauft man vorteilhaftig bei Hermann Jacoby & Co. (Inhaber: Paul Schwanbi) Alte Ulrichstraße 16, Jakobstraße 56, neben Admiral.

Leipziger Hochverrats-Prozess. 944 E. Straß Nr. 400. Reichsgericht Leipzig, 1. März 1900. Beschuldigter: Hermann Jacoby & Co. (Inhaber: Paul Schwanbi).

Einbanddecken in Seiden & Wolle, in Halbpreisen & 1/2 Preisen.

Arbeiter, Genossen! Kauft nur dort Zigarren, wo die Schutzmarke der Tabak-Industrie geführt wird. Der Vorstand des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter zu Bremen.

Arbeiter aus Bennedeb, 33 J. 11 T. Luci, E. des Hilfsweihenpellers Gottlieb Janas, 6 M. 10 T. Anna geborne Krüll, Ehefrau des Friseurs Hermann Leubloff in Weissenfels, 25 J. 11 M. 25 T. Erich, S. des Hausdieners Franz Dabib, 2 J. 4 M. 8 T. Elisabeth geb. Beyer, Ehefrau des Stabchirurgen Hermann Schneider, 35 J. 3 M. 22 T. Sodenburg, den 20. Februar 1895. Geburten: Walter, S. des Straßenbahnarbeiters Joh. Ambros. Billy, S. des herrschaftlichen Dieners Wilh. Hahn. Theodor, S. des Eisen-Maschinenwärters Theodor Ebert. Todesfälle: Bruno, S. des Metallerebers Bronislans Kaminski, 2 M. 16 T. Wilhelm, S. des Arbeiters Oskar Schulze, 1 M. 28 T. Wuckau, den 20. Februar 1894. Aufgebote: Schneider Andreas Heinrich Thiele mit Emma Hille hier. Geburt: Otto, S. des Maurers Ferd. Ahrendt. Neustadt, den 20. Januar 1895. Aufgebote: Schmied Karl Weber mit Pauline Knob. Eheverlobung: Arb. Ernst Albert mit Anna Kaiserwisch. Geburten: Richard, S. des Ruffers Karl Wollmann. Ella, T. des Maurers Otto Jordan. Franz, S. des Fleischer Franz Kraußhaar. Ernst, S. des Maurers Stefan Glabe. Gertrud, T. des Buchbinders Paul Hildebrandt. Elisabeth, T. des Form. Otto Eilenburg. Hedwig, T. des Arbeiters Franz Albert. Walter Robert Otto, unehelich. Hermann, S. des Arb. Heinrich Erich, S. des Arbeiters Friedrich Schaper. Todesfälle: Witwe Gärtner, Auguste geb. Stäbe, 58 J. 6 M. 9 T. Handwerksmann Wilhelm Brig, 54 J. 8 M. 15 T. Martha, T. des Arbeiters Karl Reichelt, 16 T. Friedrich, S. des Metallarbeiters Ludwig Hühner, 18 T. Wwe. Lubitz, Wilhelmine geb. Lesold, 77 J. 3 M. 6 T. Freitag: Brantkohl mit Salzstoffslein und Würstchen. Sonnabend: Maria und Magdalena.

Circus in Magdeburg. American Prairie Life Show. Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr: Große Vorstellung. Preise der Plätze: Loge 1.50 Mk., Speerzug 1 Mk., 1. Platz 75 Pf., 2. Platz 50 Pf., Gallerie 30 Pf. Militär und Kinder ab dem 1. u. 2. Platz die Hälfte. Sonntag, den 21. Februar: Unwiderzweifellich letzte Vorstellung.

Stadtesamt. Magdeburg, den 20. Februar. Aufgebote: Schuhmacher Franz Reiter mit Marie Auguste hier. Königl. Regier.-Rat Herr Maximilian Köber in Wrasberg i. B. mit Karoline Köber hier. Geburten: Hilmar, S. des Handlungsreisenden Herrn Winterfeld. Paula, T. des Schiffschiffers Heinrich Hoffmeister. Elisabeth, T. des Barbiers Friedrich Röhrlitz. Fritz, S. des Schneiders Ludwig Hühnermann. Richard, S. des Schuhmachermeisters Paul Gudenmann. Todesfälle: Otto Lange, Bauherr, 52 J. 1 M. 25 T. Wilhelm Hüfner,

Möbel-Ausverkauf wegen Todesfalls! Birken- und nußbaum Möbel, Spiegel und Polsterwaren, ein Posten Sopha-Bezüge zu jedem annehmbaren Preise bei R. Richter, Gr. Marktstr. 14. NB. Die Sachen können bis 1. April kostenfrei liegen.